

Bezugspreis:

Westfäl. Bl. 30. — M., monatl. 10. — M., fest ins Haus, wochentl. zahlbar. Postbezug: Monatlich 10. — M., evtl. Zahlungsverträge. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 18. 10 M. für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21. 10 M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Einzelnummern in die Post-Zeitungs-Verkäufe.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentl. zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgezeichnete Anzeigenzeile kostet 2. — M., Leertextzeile 1. 50 M., „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 1. — M. (zuletzt zwei festgedruckte Wörter), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellungsgebühr und Schließzeilenangeben das erste Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Sperte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Leertextzeilen 50 Pfg. Familien-Anzeigen für Abonnenten 2. — M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1. — M. Die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gebühren von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 17. Juni 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Regierung der Mitte.

Die neue Regierung der bürgerlichen Mitte wurde im Laufe des gestrigen Tages noch nicht gebildet, galt aber trotzdem als beinahe schon fertig. Man sprach in parlamentarischen Kreisen von folgender Liste:

- Reichskanzler: Dr. Mayer-Kaufbeuren. Inneres: Koch. Auswärtiges: v. Rostitz (früherer sächsischer Gesandter in Wien). Wirtschaft: Wiedfeld. Finanzen: Wirth. Schatz: v. Siemens. Arbeit: Stegerwald. Verkehr: Gröner. Reichswehr: Geißler. Justiz: Heintze.

Diese Liste konnte jedoch nicht als feststehend betrachtet werden, da ein Teil der in Aussicht genommenen Ministerkandidaten noch gar nicht seine Zustimmung gegeben hatte. Es handelt sich also nur um eine Skizze, und zum mindesten werden einzelne Personen ausgewechselt werden, wenn die Kandidaten ablehnen oder sich sonstige Schwierigkeiten ergeben. Die Liste gibt also nur ein ungefähres Bild der Grundtendenz, auf der das neue Kabinett zustandekommen soll und voraussichtlich auch zustandekommen wird. Dr. Mayer-Kaufbeuren befindet sich nicht, wie ein Spätabendblatt meldete, in Berlin, sondern in Paris, wo er bekanntlich als Geschäftsträger der Deutschen Republik seinen

Sitz hat. Eine Antwort von ihm war in später Abendstunde noch nicht eingetroffen.

Die „Telegraphen-Union“ will aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben:

Der Deutschen Volkspartei ist im Laufe der Verhandlungen nahegelegt worden, einen ihrer Parlamentarier in das Ministerium zu entsenden. Diese Beteiligung ist abgelehnt, weil die Deutsche Volkspartei durch eine derartige, dem politischen Willen und Wahlergebnis in keiner Weise Rechnung tragende Scheinlangensession nicht letzten Endes der künstlichen Verlängerung derselben Zustände die Wege bahnen kann, deren Beseitigung der Sinn des Zusammenbruchs der alten Mehrheit am 6. Juni war. Das neue Kabinett wird also ein Minderheitskabinett sein und bedeutet als solches nur eine Verzögerung, nicht eine Lösung der Krise.

Ein Minderheitskabinett bleibt die neue Regierung ja auch mit der Deutschen Volkspartei. Die Zukunft der „L.-U.“ sieht so aus, als ob sie aus Kreisen der Deutschnationalen und nicht der Deutschen Volkspartei stammte. Der Deutschen Volkspartei werden darin Gedankengänge nahegelegt, die bei den Deutschnationalen zu Hause sind, aber nicht bei ihr. Es wäre ja der Gipfel des Widersinns, wenn die Deutsche Volkspartei, die eine Koalition mit der Sozialdemokratie angestrebt hat, eine Koalition ohne die Sozialdemokratie aus den angegebenen Gründen ablehnte!

Juste milieu.

Eine Regierung der sogenannten „rechten Mitte“, des „Juste milieu“ ist in Bildung begriffen und wird aller Voraussicht nach in den nächsten 48 Stunden in Erscheinung treten. Sie soll aus Mitgliedern der alten bürgerlichen Koalitionsparteien bestehen, die zum Teil ihre bisherigen Portefeuilles behalten wollen, der durch den Austritt der Sozialdemokraten entstehende Abgang wird aus den Reihen des Zentrums oder der Demokraten oder der Deutschen Volkspartei gedeckt. Noch verbleibende Lücken werden durch Sachminister ausgefüllt.

In der neuen Regierung werden keine Sozialdemokraten sitzen, nicht weil sie keine haben wollte, sondern weil die Sozialdemokraten selber nicht wollten. Sie will sich, wie es heißt, auf den Standpunkt stellen, daß die republikanische Verfassung nicht angetastet werden darf und sich von der Ueberzeugung leiten lassen, daß in Deutschland gegen die Arbeiter nicht mehr regiert werden kann. Sie muß ohne Sozialdemokraten, will aber, sagt man, nicht gegen sie regieren.

Ob dieses neue System, das sich auf keine feste Reichstagsmehrheit stützt, haltbar sein wird — und wie lange — muß die Zukunft lehren. Aufrichtigkeit gebietet zu sagen, daß es schlimmer hätte kommen können. Wäre es noch den Wünschen der Unabhängigen gegangen, so hätten wir heute eine Regierung Helfferich-Ludendorff, und die deutschnationale Presse hätte keinen Grund zur Klage, daß ihre geliebte Partei bei der Regierungsbildung so schmachlich über- und hintergangen worden sei.

Vielleicht ist es kein Schaden, daß auf der Fahrt in den Abgrund doch einige bremsende Kräfte am Werke gewesen sind. Auch wir fürchten Helfferich-Ludendorff nicht, und wenn sie kommen, halten wir uns bereit — aber es ist doch eine schlechte Methode, sie zu bekämpfen, daß man ihnen den ganzen Machtapparat des Staates in die Hand gibt. Ein solches Spiel mit Absicht herbeizuführen, dazu ist uns das Schicksal des Volkes zu wichtig, Menschenblut zu heilig.

Es hätte schlimmer kommen können — das heißt nicht, daß es nicht besser werden konnte. Die Arbeiterklasse räumt wichtige Nachpositionen, weil sie durch den Sturz, den die Unabhängigen in ihren Rücken ausführen, unhaltbar geworden sind. Ein letzter Versuch, sie durch die vereinte Macht beider sozialistischer Parteien nicht nur zu halten, sondern weiter auszubauen, ist von sozialdemokratischer Seite angeregt, von den Unabhängigen in brüskelter Weise zurückgewiesen worden. So muß man sich einstweilen bescheiden, ohne zu vergessen, wem die Verantwortung für diesen wenig befriedigenden Stand der Dinge zufällt.

Die Sozialdemokratische Partei steht der Regierung der Mitte in grundsätzlichem Gegensatz, aber in taktisch abwartender Haltung gegenüber. Sie ist sich dessen bewußt, daß von dieser Regierung Fortschritte in der Richtung zum Sozialismus so wenig zu erwarten sind, wie Heigen vom Dornbusch, sie wird also von dieser Regierung nicht verlangen, daß sie gegen ihre Natur handelt. Desto stärker wird sie darüber wachen, daß wenigstens die Errungenschaften, die die Arbeiter unter der vielgeschmähten Koalitionsregierung erzielt haben und deren Wert ihnen im Augenblick ihrer Gefährdung klarer werden dürfte, nicht angetastet werden, daß es wenigstens nicht rückwärts geht solange, bis es wieder vorwärts gehen kann.

In einem parlamentarischen Staat stürzt man Regierungen, wenn man selber an die Macht kommen will. Will oder kann man das nicht, so wird man immer bedenken, was die Folge des Regierungssturzes sein würde, und wenn man zu dem Ergebnis kommt, daß das Ministerstürzen im Augenblick nur den im Hintergrund lauerten schärfsten Gegnern zugute käme, so wird man sich die Sache noch einmal überlegen. So erklärt es sich, daß die Sozialdemokratische Partei gegen die neue Regierung nicht sofort — gleichgültig, was sie tut — wie ein Eiter mit gesenkten Hörnern anrennen wird. Wenn es Leute gibt, die unter allen Umständen eine Regierung der Rechten haben und die Sehnsucht der Deutschnationalen nach unbeschränkter Macht befriedigen wollen, so mögen sie das Geschäft, das sie begonnen haben, zu Ende führen. Die Sozialdemokratische Partei wird sich aber von solchen Bankrottspekulanten ihre Taktik nicht darschreiben lassen.

Die neue Regierung wird wohl selber wissen, daß ihr schwerlich eine lange Lebensdauer beschieden sein wird. Die Logik der Tatsachen fordert, daß sie in absehbarer Zeit von einer anderen abgelöst werden muß, die entweder die äußerste Reaktion verkörpert oder aber gegen die Reaktion viel stärkere

Die Untersuchung gegen die Kappisten.

97 Angeeschuldigte entlassen oder beurteilt.

Beim Untersuchungsamt für die Märzvorgänge im Reichswehrministerium sind, wie halboffiziell mitgeteilt wird, gegen 691 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Verurteilung erkannt, während der Rest durch Verjährung und Niederschlag seine Erledigung fand.

Um auch dem Unterpersonal zu seinem Recht zu helfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhindern, ist ein weiteres Referat für Beschwerden von Unterpersonal zuständig mit einem Offizier, einem Unteroffizier und einem Zivilreferenten, errichtet worden.

Hollands Doppelkredit an Deutschland.

Lebensmittel und Rohstoffe.

Haag, 16. Juni. Der Gesetzentwurf betr. das holländisch-deutsche Kredit- und Kohlenabkommen ist der Zweiten Kammer vorgestellt worden. In den Erläuterungen heißt es u. a.:

Auf Grund des Abkommens wird Holland einen zweiseitigen Kredit für Deutschland eröffnen, einen von 60 Millionen Gulden für den Ankauf von Lebensmitteln holländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs, einen zweiten von 140 Millionen Gulden für den Ankauf von Rohstoffen. Für beide Kredite ist der Zinssatz auf 8 Prozent festgesetzt. Als Unterpfand werden deutsche Schatzanweisungen bis zum Betrage von 200 Millionen Gulden bei der Niederländischen Bank deponiert. Die Rückzahlung des Lebensmittelkredits soll durch Verrechnung mit 25 Prozent des Preises der Kohlen erfolgen die auf Grund des Abkommens durch Deutschland an Holland geliefert werden, mit der Maßnahme, daß Deutschland nicht mehr als höchstens 20 Millionen Gulden jährlich abzugeben braucht. Der Rohstoffkredit muß spätestens am 31. Dezember 1921 getilgt sein. Hierbei ist nicht bestimmt, daß die Rohstoffe niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs sein müssen, so daß Deutschland auf den vorteilhaftesten Märkten kaufen kann.

Der Mordprozeß von Thal.

Marburg (Sahn), 16. Juni. Heute morgen fand auf der Straße Eichenach-Gosha bei den Orten Säuselried, Wechtersried und Leuten der Vorkammertermin des Kriegsgerichts der ehemaligen 12. Division wegen der Vorkammer des Rab Thal statt. Kupfer bei 14 Angeklagten waren auch 12 Zeugen und einige Sachverständige erschienen. Die einzelnen Akten und die Lage der 15 Leichen wurde festgestellt. Die Angeklagten behaupteten wieder übereinstimmend, daß auf die 15 Gefangenen während der Flucht geschossen worden war. Morgen früh findet die Fortsetzung der Verhandlungen in Marburg statt.

Ein mißliebiger Streik.

Düsseldorf, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht des Vormittags.)

Der Streik der städtischen Arbeiter dauert fort. Da der größere Teil der industriellen Werke und auch sämtliche Zeitungen von der Stromversorgung der städtischen Elektrizitätswerke abhängig sind, steht das gesamte wirtschaftliche Leben. Die Zeitungen erscheinen als Kopfbücher auswärtsiger Zeitungen. Der übrigen Arbeiterschaft hat sich eine partei Unbestimmtheit gegen die streikenden städtischen Arbeiter bemächtigt, die früher entweder unorganisiert oder gelb waren und heute fast ausschließlich unter dem Einfluß der syndikalistischen Arbeiterunion stehen. Eine von den freigeberwerblichen Organisationen einberufene Kundgebung am Mittwochabend mit 178 gegen 10 Stimmen beschlossen, die Mitglieder der Zentralgewerkschaft aufzufordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Stadtverwaltung hat im Laufe des Mittwochs bekanntgegeben, daß die städtischen Arbeiter, die weiter im Streik verharren, sich als entlassen zu betrachten haben und damit aller ihrer Rechte auf Pensionen und Ferien bei einer eventuellen Wiedereinstellung verlustig gehen. Man rechnet in Düsseldorf allgemein damit, daß der Streik, gegen den sich die gesamte Oeffenlichkeit mit Einschluß der gesamten Arbeiterschaft wendet, in den nächsten Tagen ohne Erfolg für die städtischen Arbeiter abgebrochen werden muß.

Das Kabinett Giolitti.

Rom, 16. Juni. (U.) Das Kabinett Giolitti hat sich endgültig konstituiert und hat heute vor dem König den Eid geleistet.

Die neue Ministerliste deckt sich im wesentlichen mit der bereits gestern gemeldeten. Das neue Kabinett umfaßt außer Giolitti drei Radikale, drei liberale Demokraten, einen Liberalen, zwei Katholiken, einen Reformsozialisten, einen unabhängigen Sozialisten und drei parteilose Senatoren. Der bekannte Philosoph Benedetto Croce-Rospioli ist zum Unterrichtsminister ernannt worden. Damit ist das Kabinett endgültig zusammengestellt.

Der Nationalistenkrieg in Kleinasien.

Amsterdam, 16. Juni. Laut „Times“ aus Konstantinopel haben die türkischen Nationalisten den Waffenstillstand gebrochen und die französischen Vorposten in den armenischen Dörfern überfallen. An der Spitze des Schwarzen Meeres haben die Nationalisten die Kohlenbergwerke von Ereğli besetzt und von den französischen Schiffen eine Geldabgabe und Abtretung bestimmter Vorwerke an die nationalistiche Regierung gefordert. Zwischen den zu Hilfe kommenden Franzosen und den nationalistischen Truppen kam es zum Kampfe, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist.

Nach einer weiteren Meldung der „Times“ ist den türkischen Nationalisten, die in letzter Zeit unter Munitionsmangel zu leiden hatten, bei der Einnahme von Sofant ein großes Depot mit artillerie munitio n in die Hände gefallen, das die Deutschen im Winter 1917 in der Nähe des Lauridunnels errichtet hatten. Weder die Engländer, noch die 1919 an ihre Stelle getretenen französischen Besatzungstruppen hatten die Munitionsvorräte gestört.

Garantien bietet als sie. Auf dem Entwicklungsweg von der neuen Regierung zu einer neueren werden wahrscheinlich Wahlen liegen, hoffentlich keine schmerzlicheren Ereignisse. Die Macht der Arbeiterklasse wieder zu stärken, indem sie die politische Vernunft der Arbeiterklasse wieder stärkt, und ihre Kräfte gegen einen unberechtigten Gewaltvorstoß der Reaktion bereitzubehalten, muß inzwischen die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei sein.

Der neuen Regierung darf man zuzufügen: „Rönchlein, du gehst einen schweren Gang!“ Ihr Weg geht über Spa, durch die Dornenhecken der auswärtigen Politik in eine wirtschaftliche Krise hinein, deren Umfang und politische Folgen schwer abzuschätzen sind. Um so mehr mag sie sich vor dem Vorwurf hüten, durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik die Krise verschärft zu haben. Die französische Regierung des „juste milieu“, die der Futurologie folgte, ist berüchtigt oder berüchtigt worden durch ihren Ruf: „Enrichissez vous!“ („Reichert Euch!“), durch die Niederlegung aller Hemmnisse, die einer ungezügelter Jagd nach dem Profit entgegenstanden. Unterjüngung fand sie nur bei den bestehenden Klassen. „Das sind die Gutsbesitzer, die reichen Bankiers, die Krämer, die sich mit einem vornehmen Worte die Industriellen nennen“, schrieb Börne in seinen Pariser Briefen. Es war die Zeit, in der Veranger sagte, es gebe in der ganzen Welt nicht mehr Reichtum und mehr Elend als in Paris.

Von der Regierung der Guizot und Thiers unterscheidet sich die deutsche Regierung der Mitte jedenfalls dadurch, daß sie in einer Zeit lebt, deren Pulse rascher jagen, und daß ihr deshalb keinesfalls eine siebenjährige Dauer beschieden sein wird, wie jener. Die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit stehen auf einem Höhepunkt, und eine Politik der Vermittlung, wie sie scheinbar geplant ist, kann sie bestensfalls vertagen, nicht ausschalten. Möge man nun auch auf der Seite der Arbeiter begreifen, daß ein vorwärtstürmender Wille zum Siege nicht ausreicht, sondern daß auch eine Führung durch ruhige Vernunft notwendig ist. Dann wird das arbeitende Volk die Machtpositionen, die ihm durch den Unverstand eines Teiles von ihm verloren gegangen sind, rasch wieder erobern und erweitern. Dazu ist Kampfbereitschaft notwendig, aber auch feste, nüchterne, zielbare Arbeit. Und Vorsicht! Die äußerste Reaktion, die wütend ist, weil ihr noch immer nicht die Macht in die Hände fiel, wird durch ihre Hochspiel täglich neue Verschwörungen ersinnen oder vorbereiten lassen, sie braucht den „Umsturz“, weil sie sich die Rettungsprämie verdienen will. Sie wird keine gefälligen Lören mehr finden, wenn die Arbeiterschaft versteht, aus bitteren Erfahrungen zu lernen!

Feststehen und Vorwärtsgehen. Auch eine Wahllehre.

Nicht überall haben die letzten Wahlen einen Stillstand oder Rückschritt der sozialdemokratischen Stimmen gebracht. Insbesondere wo unsere Genossen eine konsequente Organisationsarbeit verbunden mit einer glänzenden politischen Stellungnahme, wo sie sich nicht dauernd durch die unabhängigen Lärmhämmer von einer Aufregung in die andere jagen ließen, war der Stimmenverlust unserer Partei bei den Reichstagswahlen verhältnismäßig gering. Hier und dort war sogar trotz allem ein Fortschritt zu verzeichnen.

Ein sehr lehrreiches Beispiel bietet der kleine oldenburgische Landtagswahlkreis Lütjen — das frühere Fürstentum Lüneburg —, der für die Reichstagswahlen zu Schleswig-Holstein gehört und infolgedessen fürs Reich diesmal nicht mitwählen konnte. Er wählte aber am 6. Juni zum oldenburgischen Landtag und die Stimmengiffern, die er aufbrachte, sind sehr bemerkenswert, wenn man sie vergleicht mit denen von der im No-

vember 1919 vollzogenen Reichstagswahl. Wir geben sie hier wieder und fügen die Reichstagsstimmen in Klammern bei. Es erhielten:

Sozialdemokraten	9068 (7407)
Unabhängige	825 (870)
Rechtsparteien	6721 (5708)
Demokraten	2994 (3543)

Es ergibt sich also, daß die Sozialdemokraten 1841 Stimmen gewonnen haben, während die Unabhängigen verloren. Das gleiche Resultat zeigt sich bei den Bürgerlichen. Die Demokraten, die in ihrer Haltung schwanken, verloren, während die Rechtsparteien gewannen.

Nach deutlicher wird das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den Unabhängigen, wenn man die wenigen Industriorte des Kreises, die schon an den Lübecker Stadtkreis grenzen, vergleicht. Dort erhielten in

	Sozialdemokraten	Unabhängige
Rensfeld	918 (787)	141 (100)
Stodelsdorf	928 (718)	242 (248)
Serees	881 (320)	18 (11)
Zusammen also 2222 (1770)		401 (417)

In dem Städtchen Lütjen vermehrten wir unsere Stimmen von 1036 auf 1061, die Unabhängigen sanken von 45 auf 34, die Rechtsparteien hingegen von 1075 auf 1098 und hier gewannen sogar die Demokraten 49 Stimmen, so daß sie 507 Stimmen konnten.

Der kleine Landkreis ist selbstverständlich kein Musterbeispiel für alle Fälle. Aber soviel lehren die Ziffern doch, daß die Werbestärke der Unabhängigen nicht überall wirkt. Wo vor allem die Sozialdemokratie in ihrer Organisation feststeht, wo sie durch keine unabhängigen Radikalanführer aus dem politischen Gleichgewicht bringen läßt, wird sie immer den Vorsprung behaupten. Ihre praktische Arbeit, ihr gesunder Sinn für das Mögliche sichert ihr die Anhänger, die politische Nervosität treibt sie hingegen dem lautesten Schreier zu.

Hecke gegen den Landarbeiterverband.

Seit Wochen heft die deutschnationale Presse die Öffentlichkeit planmäßig gegen den Deutschen Landarbeiterverband auf. Tag für Tag werden von einer bestimmten Stelle Heftartikel gegen den Verband losgelassen, die ihren Weg stets zum letzten reaktionären Kreisblattchen finden.

Der Verband wird als kommunistisch-bolschewistische Organisation denigiert und immer deutlicher nach einem gefühlvollen Eingreifen gerufen, wobei in der verlogenen Weise die Verbraucher, vor allem die Bewohner der Städte, gegen die Verbandsleitung und die Organisation der Landarbeiter aufgeführt werden. „Der Landarbeiterverband droht in Pommern wieder einmal mit dem Generalstreik!“ schreiben heute im Chorus „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“, „Deutsche Zeitung“ und all die von den Kriegsjahren gelieferten Provinzialblätter. Seitern war es die Provinz Sachsen, die vom Landarbeitergeneralstreik heimgesucht werden sollte. Hier sei die Aübenenernte vernichtet, die deutsche Zuckerproduktion unmöglich gemacht, in Pommern wolle der Verband die gesamte Ernte vernichten.

Es gibt nicht leicht eine mit größerer Gemeinheit und anmaßender derselben Verlogenheit betriebene Agitation gegen eine wirtschaftliche Arbeiterorganisation, wie sie sich hier zeigt. In der Provinz Sachsen haben die Landarbeiter auf einigen Gütern wenige Tage die Arbeit ruhen lassen, um Verhandlungen wegen einer Teuerungszulage zu erzwingen. Die Teuerungszulage ist bewilligt, die Arbeit längst wieder aufgenommen, die Aübenenernte ist nicht vernichtet und die Zuckerproduktion hat nicht den geringsten Schaden erlitten.

In Pommern aber bereitet der „Pommersche Landbund“ jedes Zustandekommen einer tariflichen Vereinbarung zwischen den Arbeitnehmerorganisationen und dem landwirtschaftlichen Unternehmer. Pommern ist die einzige Provinz in Preußen, in der in der Landwirtschaft ein Zwangstarif

seitens der Regierung durchgesetzt werden mußte, weil der Pommersche Landbund jede friedliche Vereinbarung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln vereitelt hat. Der Landbund sieht als seine Hauptaufgabe die Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter an. Zu diesem Zwecke hat er in seiner Organisation eine sogenannte Arbeitnehmergruppe gebildet. Diese gelbe, zumeist auf dem Papier stehende Organisation wird bei allen Tarifverhandlungen als Sturmböckel vorgeschickt. Obwohl der Reichsarbeitsminister in einem Erlass diese Vereinigung als Tarifpartei gemäß der Verordnung vom 23. Dezember 1918 nicht anerkannt hat, wird vom Landbund immer wieder verlangt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Landarbeiter diese vom Gelbe der Unternehmer unterhaltene gelbe Vereinigung anerkennen sollen.

Wenn es in Pommern während der kommenden Ernte wieder zu größeren Streiks kommen sollte, ist nur der Landbund schuld. Die seinerzeit auf Grund des Ausnahmezustandes erlassenen Zwangsstarife entbehren heute nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes einer Rechtsgrundlage. Sie sollen nun auf Grund freier Vereinbarung oder durch ein parteiliches Schiedsgericht erneuert werden. Der Landbund aber verhindert das Zustandekommen von Verhandlungen und auch das Zusammenwirken von Schiedsgerichten. Obwohl er weiß, daß die pommerschen Landarbeiter von ihrem berechtigten Verlangen auf tarifliche Regelung ihrer Lohnbezüge nicht abgehen werden, läßt er es auf den offenen Konflikt ankommen, weil er darauf hofft, daß durch einen Erntestreik die Stimmung für ein Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter reif wird. Die täglichen Hehnhöhen in allen agrarischen Blättern deuten auf einen planmäßigen Feldzug in dieser Richtung. Die deutschnationalen Agrarier wittern seit langem Morgenluft und hoffen, ihren verhassten Gegner, die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter, baldigt zertrümmern zu können. Die Herrschaften werden sich schwer verrechnen.

Preussische Verfassungsberatung.

Im Verfassungsausschuß der Preussischen Landesversammlung schied beim § 1 im Anschluß an Anträge der Deutschnationalen und des Reichstages Dr. Berndt (Dem.) eine längere Debatte darüber ein, ob Preußen ausdrücklich als Republik bezeichnet werden sollte, oder ob die Bezeichnung „Freistaat“ unter Hinweis auf Artikel 17 der Reichsverfassung genüge. Die Bezeichnung Republik wurde schließlich mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten aufrechterhalten. Ein Antrag der Unabhängigen, die Hohenzollern für alle Zeiten als abgesetzt zu erklären, und die Familiengüter zum Eigentum der preussischen Republik zu machen, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt, da nicht nur die Mitglieder des Hauses Hohenzollern, sondern alle Leute, die eine Herrschaftsansprüche auf Teile Preußens erheben, durch die Festlegung der republikanischen Verfassung als erledigt anzusehen seien, und weil die Bestimmung über die Familiengüter augenscheinlich dem Artikel 135 der Reichsverfassung widersprechen würde.

Die Rechtsparteien beantragten einen § 1a, der den gegenwärtigen Gebietsstand Preußens unter besonderen Schutz stellen und die Landesfarben schwarz-rot-weiß verfassungsmäßig festlegen sollte. Die Anträge wurden abgelehnt, weil nach der Reichsverfassung der Schutz der Landesgrenzen gegen das Ausland lediglich Reichssache ist, und weil die aus Sozialdemokraten und Demokraten bestehende Mehrheit nicht durch verfassungsmäßige Festlegung einer besonderen Landesflagge gegen die Reichseinheit und Reichsflagge zu demonstrieren wünschte.

Die Beratung gedieh bis zum § 3, demzufolge das Volk seinen Willen über die Staatsangelegenheiten durch den von ihm gewählten Landtag kundgibt. Es ergab sich Mehrheitsstimme im Ausschluß darüber, daß dieser parlamentarische Absolutismus nicht zugelassen werden solle, sondern daß alle verfassungsmäßigen Organe als Träger des Volkswillens gelten sollen und Volksbegehren und Volksentscheid auch in die preussische Verfassung einzufügen seien.

Auswandererfahrt nach Brasilien.

Deutsche, die es eilig gehabt haben, nach Brasilien auszuwandern, haben einen Gefährten, der ebenso eilig die Rückfahrt angetreten hat, aufgefunden, seine und ihre Erlebnisse in der Heimat öffentlich mitzuteilen. Dem „Damburger Echo“ in der Bericht von zurückgehender Stelle zugegangen. Er verdient meiste Verdrehung, weil das vielleicht ein Mittel ist, das Los der Auswanderer, wie sie hoffen, zu erleichtern, und um weiteres Unheil solcher Leute zu verhindern, die das heimatische Schicksal nicht mehr ertragen zu können meinen und die sich warmen lassen. Wir müssen aus Raumgründen einige Stellen des Berichtes weglassen; sie erzählen die Schwierigkeiten der Kolonisten, ihr Land zu entdecken, um das Erreichte, von Klima, Insekten und Schurkerei immer Bedrohete, in Händen zu behalten.

Wir zirkeln 500 anderen Unglücklichen, die für ihr altes Vaterland nichts mehr übrig hatten, verließ ich Ende Januar d. J. Rotterdam mit dem Dampfer „Avaré“ des Brasilianischen Lloyd, ehemals deutsches Schiff. Schon bei der Unterbringung im Zwischendeck entstand ein furchtbares Durcheinander, da absolut keine Organisation vorhanden war beziehungsweise den Anordnungen der Schiffsleitung einfach keine Folge geleistet wurde. Die Verpflegung war ausreichend und wäre auch gut zu nennen gewesen, wenn Abwechslung vorhanden wäre. Es gab morgens ein kaffeeähnliches Getränk mit reichlich Brot, gutem Weißbrot. Mittags Reisbrot mit wenig Kartoffeln, aber überreichlich Fleisch oder Wachsen, mit denselben Zutaten und wieder schönem Weißbrot. Gegen 5 Uhr abends ungefähr daselbe und abends noch einmal das Morgengetränk ohne Brot. Auf uns ausgehungerte Deutsche wirkte dieses reichliche Essen, besonders die reichliche Fleischgabe, anfangs sehr angenehm, und waren alle in bester Stimmung, ausgenommen persönliche Streitigkeiten, ohne die der Deutsche aneinander nicht gut zurecht kommen kann heute; dafür ist wohl der lange Arter verantwortlich zu machen. Bald wirkte jedoch das einträgliche und reichliche feine Essen unangenehm, da eine Woche nach der Andern verging, ohne irgendwelche Abwechslung zu bringen. Auch ließ die Sorgfalt in der Zubereitung bald nach, das Essen war häufig nicht gar; auch in der Küche ließ die Sauberkeit sehr zu wünschen übrig. Es stellten sich bald zahlreiche Unterleibsleiden ein, die vom Arzt ausschließlich mit Kaininsol und Wolleryal behandelt wurden, welche Medikamente nebst Job anscheinend die einzigen im Leiß des Arztes waren.

Den Höhepunkt der Unzufriedenheit brachten die Tropen. Durch unflütliches Betragen mehrerer deutscher junger Mädchen — es wurden verschiedene welche nachts aus den Kojen der Bekanung herausgeholt, einmal sogar vom Kapitän, wie veranlaßt, persönlich — ließ die Achtung der Schiffsführung gegen uns bedenklich nach. Nicht nur, daß sie sich gegen die ebenfalls zwischen uns wohnenden circa 150 Portugiesen bedeutend entgegenkommender zeigten, sie wurden direkt schimpflich, so daß die Sauberkeit, die durch die Anwesenheit der Portugiesen schon an und für sich sehr mangelhaft war, direkt in Schmutz überging (verzeihen Sie mir dies Wort, ich weiß tatsächlich kein passenderes dafür) anordnete. Die Toiletten waren meistens nur zu betreten, wenn man sich entweder wasserbedecktes Schuhzeug ansetzte oder sich der Schube und Schmutz entledigte. Im Zwischendeck war eine unerträgliche

Temperatur, da für Lüftung absolut nicht gesorgt wurde beziehungsweise von einigen die Seitenfenster (Wüllagen) mit der bekannten Bemerkung „es zieht“, sofort wieder geschlossen wurden, trotz der an Bord herrschenden Gluthitze; denn wir passierten die Tropen im Hochsommer. Hierzu das Essen: das Fleisch und der getrocknete Reis mit Kohl gekocht, stanken größtenteils, so daß den meisten vor dem Genuß ekelte und sie wie ich, tagelang von Kaffee und trockenem Brot lebten, was naturgemäß bestige Beschwerden hervorrief. Die Matrosen und Heizer erwieien sich hier als Aübenknechte; sie speisten von ihrem tabellosen Essen fast sämtliche Kinder wochenlang, was sehr hoch einzuschätzen ist, sonst hätten wir statt der 2 mindestens 20 Tote gehabt.

Endlich kam die Hilfe in Gestalt eines katholischen Geistlichen, der in der Kajüte fuhr und dem wir unsere Not klagten. Dieser teilte es dem Kapitän mit, welcher sich dann sofort zu uns begab mit dem Schiffarzt und einem fremden, ebenfalls zufällig anwesenden Arzt. Letzterer warf nur einen Blick auf die Zustände und ging kopfschüttelnd wieder zur Kajüte. Aber von diesem Tage an wurden wenigstens die Toiletten und das Zwischendeck täglich gesäubert und auch desinfiziert. Das Essen blieb daselbe, da der Arzt, der zu jeder Mahlzeit davon eine Kostprobe erhielt, es jedenfalls für gut hielt, obwohl ich behaupten möchte, daß er es selten probiert hat; denn wir waren doch, wie Gott, aus unserer Heimat her einiges zu essen gewöhnt — so leicht hätten wir nichts gelogt. Der einzige unter uns portugiesisch sprechende Herr teilte uns denn auf unsere Bitte mit, daß noch Reisprade mit dem Probantmeister nur sehr wenig Reis vorhanden sei, für das Zwischendeck käme dies keine Quantität gar nicht in Frage. Da kam es zu offener Revolte, der portugiesische Koch wurde aus unserer Küche entfernt und durch einen deutschen ersetzt, der ebenfalls als Auswanderer zwischen uns und meiste. Nun mit einmal war genügend Reis da, ja in solchen Mengen gekocht, daß täglich mindestens 100 Liter fertiges Essen, u. a. Reis mit Speck, mit Fleisch, mit Jint und Jucker, trotz größter Anstrengung nicht mehr zu bewältigen waren und über Bord gekippt wurden. Alles ließ wieder auf, und 10 Tage später hatten wir Rio erreicht.

Jetzt kamen wir nach der Blumeninsel, von Natur aus ein kleines Paradies, wenn es nicht von den anwesenden circa 2000 bis 3000 Menschen — es waren alle möglichen Nationen vertreten —, in einen Dünghaufen umgewandelt worden wäre. Die herrlichsten Palmen und blühenden und blühenden Sträucher waren umringt von Ratibauten und Kadavern bzw. sinkenden Knochen und Fleischresten, woran sich die Vögel in Scharen gütlich taten. Das Essen war gut zu nennen; wenn es nicht von so unfreundlichen Wirten vorgekehrt worden wäre, hätte es noch besser geschmeckt. Sehr knapp war das Getränk, es gab nur morgens und abends eine Wechtlasse (circa 1/2 Liter) wofür und das reichliche bei weitem nicht aus bei der Hitze. Hierdurch wurden hauptsächlich die Kinder zum reichlichen Wassergenuß verleitet, was bei dem reichlich vorhandenen mannigfaltigen Obst sehr gefährlich wirkte, so daß bald täglich Tote zu verzeichnen waren.

Nach zehntägiger Quarantäne — inzwischen war ziemlich scharfe Kontrolle anwesend —, bekamen wir die Erlaubnis, auf einige Stunden täglich nach Rio überzugehen. Hier begab sich eine aus uns heraus gewählte Kommission zur Behörde zwecks Erlangung der versprochenen Ländereien usw. Man wollte nichts davon wissen

und forderte als Beweisstück das Schreiben der brasilianischen Regierung, welches uns zur Auswanderung verleitet habe. Hierzu war natürlich niemand in der Lage; wir besaßen nur eine Zeitung, in welcher die brasilianische Regierung — ich glaube durch das Schweizer Konsulat — 3000 deutsche Landwirte nebst Familie aufschrieb, nach dort zu kommen, unter den größten Versprechungen. Die Anerkennung dieses Artikels wurde glatt abgelehnt mit der Bemerkung, dies könne jeder in eine beliebige Zeitung hineinlesen lassen; übrigens sei gar kein Land vorhanden, was für uns diesem Grunde auch nichts zur Verfügung gestellt werden. Darauf gingen wir zum Hilfsverein, der uns jedoch nicht helfen konnte und uns zu einem deutschen Stellenvermittler verwies, durch den dann auch verschiedene Stellen bekamen als Handwerker, Arbeiter usw. Es kamen auch täglich Agenten nach der Blumeninsel, hauptsächlich von Kaffeepflantern beordert, wodurch auch einige Familien untergebracht wurden. Wie ich später erfahren habe, sollen tatsächlich einige Familien Regierungsländ bekommen haben, den größten Teil jedoch — circa 80 Familien — wird nichts weiter übrigbleiben, als Arbeit zu suchen bzw. ihrem Verfall nachzugehen, was für unterbeachteten günstigeren Verhältnissen im Vaterlande auch hätten haben können. Ich bin dann mit Hilfe eines brasilianischen Bootsmannes heimlich ausgefliehen mit meinem Gepäck, welches mir einige Landleute bereitwillig mit ins Boot ließen, nachdem viele Frauen und Kinder jammend Abschied von mir genommen hatten, unglücklich darüber, daß ihnen nicht auch die Mittel zur Verfügung standen, ebenfalls wieder nach der alten Heimat fahren zu können.

Brasilien ist an und für sich ein schönes und reiches Land. Wer jedoch die Absicht hat, dort hin zu machen, soll es sich erst einmal überlegen. Der vermeintliche Kapitalismus, den der deutsche Arbeiter und Angestellte mit dem Verlassen seines Vaterlandes glaubt hinter sich gelassen zu haben, macht sich in Amerika überhaupt erst richtig bemerkbar. Hier spielt nur der eine Rolle, der Vermögen besitzt, alle anderen sind recht- und machtlos, sie freisten ein ärgerliches Dasein in Spelunken, von denen sich auch der Aermste hier keine Vorstellung machen kann. Fast jeder heute in den Städten arbeitende Deutsche hat anfangs als Kolonist, hat jahrelang Armut hinstudiert, hat auch sogar seine Freunde zeitweise daran erlebt, letzten Endes sah er jedoch stets den Profit für das im Schweiße seines Angesichts Produzierte in den Taschen der Großen verschwinden. Also gerade das, wofür er sich gereitet zu haben glaubte, durch die Auswanderung, findet er in erschreckenderem Maßstabe drüben wieder.

Die Gründung einer Emil-Fischer-Gesellschaft, die der Förderung der deutschen chemischen Forschung durch finanzielle Beihilfen zur Sicherung der gefährdeten wissenschaftlichen Anstalten dienen soll, ist im Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie von den interessierten Industriellen vollzogen worden.

Herzliche Grüße deutscher Kinder aus Skandinavien mit dem deutsch-nordischen Jahrbuch für Kultur- und Volkstum, das bei Eugen Wiedrich in Jena erscheint, herauszugeben. Abgesehen bemerkenswerter Briefe erbittet Dr. Walter Georgi, 4 St. Hohenstadt bei Rastenburg (Ostpreußen).

Heber die Liebe. Unter diesem Titel ist im Berliner Verlag Schönewald u. Sohn soeben ein neues Buch von Salomon Dembitz erschienen, das in Erzählungsform gehaltene jenseitige Liebesgeschichte enthält.

Groß-Berlin braucht die positiv aufbauende Arbeit der S. P. D.!

Gibt am 20. Juni der S. P. D. Eure Stimme!

Berliner Frauenarbeit.

Hochkonjunktur und Krisen seit 1914.

Von Gertrud Zuder.

Wesens 6 Jahre nach dem Ausbruch des Krieges wird die Einheitsgemeinde Berlin in Kraft treten. Rückblickend läßt sich ein Bild gewinnen, wie sich die Lage des Arbeitsmarktes speziell in Berlin für die Frauen gestaltet hat und welche Aufgaben und Wünsche sich für die Zukunft ergeben.

Zuerst 1914 die große Panik auf Arbeitgeberseite; man glaubte vor dem völligen Zusammenbruch von Handel und Industrie zu stehen und brutal wurde alles nur irgend entbehrliche Personal — oft ohne Innehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist — auf die Straße geschickt. — Fabrikarbeiterinnen, kaufmännische Angestellte, alles suchte Unterschlupf in häuslichen Diensten, weil man dort wenigstens gewiß war, die Notdurft des Lebens, Nahrung und Wohnung, zu finden. In jenen Tagen haben wir es erlebt, daß sich erfahrene und gut empfohlene Hausangestellte für Monatslöhne von 5 und 10 M. so gar nur gegen freie Station anboten.

Aber schon nach sehr kurzer Zeit setzte die zweite Phase der Entwicklung ein. Handel und Industrie stellten sich für die Kriegswirtschaft um, mehr und mehr Männer wurden zum Heeresdienst einberufen und die in Hülle und Fülle vorhandene Arbeit mußte durch Frauen verrichtet werden. — Die Frauen zeigten sich bereit, lieber außer dem Hause zu arbeiten, anstatt im Hause zu barben, denn der Lebensunterhalt begann teuer zu werden und die Löhne waren gut.

Durch Arbeitsteilung und klarer Sinn erbaute Methoden ist es möglich gemacht worden, nach kurzer Zeit der Anlernung gelehrte Männerarbeit von gänzlich ungelerten Frauen unter Aufsicht eines Meisters ausführen zu lassen. Durch Kaufkraft an der Herden- und Körperkraft der Frau konnten durch weibliche Arbeitskräfte auch schwere Transportarbeiten, wie Kohlentragen, Entladen von Eisenbahnwagen, Müllabfuhr usw. geklärt werden.

Als nun der letzte Akt dieses grausigen Lügenstücks begann, als man dem deutschen Volke vorpiegelte, die letzten Kräfte mühten aufzugeben werden, um zum endgültigen Siege zu gelangen, als zu diesem Zweck das famose sogenannte Hindenburgprogramm durchgeführt werden mußte, da holte man auch noch die letzten Frauen aus den stillen Winkeln des Landes. Aus Ostpreußen und dem sächsischen Erzgebirge wurden sie scharenweise nach den mühseligen Pulverfabriken in Spandau und im Rheinland transportiert. Keine durfte schlafen, keine sich lebendig ihrem Hause und ihren Kindern widmen. Mit scharfen Späheraugen wurde der Frauenbestand des deutschen Volkes nach Arbeitskräften abgesehen, wer nicht freiwillig kam, der sollte mit mehr oder minder sanftem Zwange dazu genötigt werden; den schönen Namen „auslammern“ hatte man für diese Methode erfunden!

Und nun kam der militärische Zusammenbruch, der Waffenstillstand, die Demobilisation. Millionen von Männern lehrten heim und an ihre alten Arbeitsplätze zurück, die Frauen mußten weichen. Viele sind freudig zu Mann und Kindern und zur häuslichen Beschäftigung zurückgekehrt, vielen ist der Verzicht auf wirtschaftliche Selbstständigkeit, an die sie nun durch Jahre gewöhnt waren, sehr schwer geworden. Tausende und aber Tausende von Frauen standen da mit leeren Händen und sahen sich dem Gespenst der Not und der Arbeitslosigkeit gegenüber.

Der Winter 1918/19 ist hart gewesen! Tagaus tagein strömten immer neue Scharen entlassener Frauen dem Arbeitsmarkt zu, Tausende, die bis dahin Granaten gebricht, Finger gearbeitet oder sonstigen Heeresbedarf hergestellt hatten, fanden sich ein. Die militärischen Bekleidungsämter, bei denen gleichfalls viele tausend Frauen Beschäftigung gefunden hatten, schlossen ihre Betriebe. Die Entlassung der Strahenbachschaffnerinnen und -schaffnerinnen, der Briefträgerinnen und sonstigen Volkshelferinnen be-

gann, die zahlreichsten Helferinnen aus den Tropfen trömten zurück. Alle bedürftigen den Arbeitsmarkt.

Die Brutalität des Krieges haben nicht hinter der Front belagert; mit roher Gewalt haben sie auch die Frauen in der Heimat durcheinandergerüttelt und -geschüttelt, sie aus dem Frieden des Hauses in die Hitze der Arbeit getrieben, um sie plötzlich zurückzuführen nicht nur in das Elend der momentanen Arbeitslosigkeit, sondern in die Unmöglichkeit, Arbeit zu finden.

Die schwerste Zeit für die Arbeitermittlung begann. Es galt das geringe Quantum von Arbeitsgelegenheit gerade unter die große Menge der Arbeitsuchenden zu verteilen und den Bewürten Arbeitswilliger, die keine Arbeit finden konnten, standzuhalten. Es galt, was noch viel schwerer war, die Frauen, die man jahrelang mit Arbeitsangeboten überhäuft hatte, die sich die Arbeitsstellen nach ihrer Neigung und ihren Fähigkeiten aussuchen konnten, davon zu überzeugen, daß sie ihre Ansprüche wesentlich beschränken müßten. Psychologisch war es nur allzu verständlich, daß diese Frauen, die man aus dem Hause geholt, in die Fabriken und Kantore förmlich gepreßt hatte, diese plötzliche Veränderung nicht begreifen konnten. Mit einem Schlage waren alle so begehrtsten leichten Verdienstmöglichkeiten, wie Schreibarbeiten und Botengänge in den militärischen Bureaus, Heimarbeit durch Anfertigen von Zwiebackbrot und Sandfüßen, verfiel. Frauen als Ersatz für Männer wurden an keiner Arbeitsstelle mehr gebraucht.

Die Erwerbslosenunterstützung setzte ein. Nach dem verlorenen Kriege für die Allgemeinheit eine große Belastung, für die einzelne nur gerade soviel, um des Lebens Notdurft zu befriedigen. Immerhin aber genug, um den Frauen zu gestatten, noch für ein Weilchen die Augen vor der schämigen Wirklichkeit zu verschließen, sie über die Notwendigkeit, sich der veränderten Lage so schnell wie möglich anzupassen, hinwegzuführen.

Die viel besprochene und kritisierte Erscheinung, daß Tausende von arbeitslosen Frauen aus den Mitteln der Erwerbslosenunterstützung erhalten wurden, während für die vorhandene Arbeitslosigkeit keine Arbeitskräfte auszureichen waren, zeigte sich. Mit welchem Bedauern sind diese Verhältnisse in der bürgerlichen Presse, in den Kreisen des Spießbürgerturns breitgetreten worden. Da sah man es ja, da sah sie sich ja innerlich, daß das Volk nicht arbeiten wollte. Das also waren die Früchte der Freiheit und der Revolution usw.

Wie immer sah man auch hier nur die nackten Tatsachen, die sozialen Beweggründe merkte man nicht. Hier wie überall vergaß man, daß das Individuum zu seiner sozialen Umstellung Zeit braucht.

Alles, was geschehen konnte, dieses unerfreuliche Übergangsstadium abzukürzen, ist geschehen. Durch gütliches Zureden, hin und wieder auch durch energische Maßnahmen (Entziehung der Erwerbslosenunterstützung bei ungerechtfertigter Arbeitsverweigerung) sind die Frauen dahin gebracht worden, vorhandene Arbeitsstellen zu übernehmen. Durch Ausbildungs- und Fortbildungskurse wurde die Umstellung in andere Berufsbereiche gefördert. Planmäßige und sorgfältige Vermittlung von für die Großstadtbevölkerung geeigneten Wohnstellen hat eine, wenn auch nicht allzu große Umwandlung auf das Land zur Folge gehabt. All diese Mittel haben ihre Wirkung auf die Lage des Arbeitsmarktes nicht verfehlt. Auch die Verordnung des Demobilisationskommissars mit ihrem Verbot der Einstellung von Arbeitskräften, die vor dem 31. Juli 1914 hier nicht anständig waren, hat manche Erleichterung gebracht. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß sie für viele eine große Härte bedeutete und der Arbeitslosigkeit an sich nicht abhülfe, sondern sie nur von einem Ort zum anderen verlagte. Wie so vieles während und nach dem Kriege war auch diese Verordnung aus der Not der Zeit geboren; aus Gründen der Selbsterhaltung hat man sie hinzugenommen, obgleich ihre Tendenz sich mit dem Grundgedanken der internationalen und internationalen Solidarität der Arbeiterschaft nicht vereinigen läßt.

Mittlerweile hat sich auch nach und nach die innere Neuorientierung unserer Frauen der veränderten Arbeitsmarktlage gegen-

über vollzogen, und obgleich sich überall das Befremden zeigt, Frauen durch Männer aus ihren Arbeitsplätzen zu verdrängen, hat sich doch die Lage des Arbeitsmarktes für die Frauen wieder günstiger gestaltet. Für die Betätigung in häuslichen Diensten, sei es in tages- oder wochenweiser Beschäftigung als Aufwärtlerin, Wäscherin oder Kleinmachfrau ist bei ständig steigender Entlohnung stets reichlich Beschäftigung vorhanden. Die Maßschneiderei und Putzmacherei ist für Arbeitskräfte aufnahmefähig, die Glühlampenfabrikation hatte denartigen Bedarf an Arbeiterinnen, daß er kaum zu decken war. Im kaufmännischen Beruf sind gut geschulte, tüchtige Angestellte leicht unterzubringen, an perfekten stenographischen besteht schon fast geräumiger Platz ein direkter Mangel.

Eine nicht unvorleserliche Entspannung der Arbeitsmarktlage macht sich bemerkbar, aber wie lange wird sie andauern?

Die Gewitterwolken einer neuen drohenden Wirtschaftskrise stehen herauf und halten sich dichter und dichter zusammen. Geschäftshandlungen sind vorhanden und Arbeiterentlassungen sehr zu befürchten. Nebenweise wird sogar schon von solchen berichtet. Durch Dezentralisation der Abfertigungsstellen bereitet sich die Erwerbslosenunterstützung auf neuen Sturm vor. Diese Erkenntnisse zwingen dazu, an die Wege zu denken, die zu unserem sozialistischen Ziele führen. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Arbeiterschaft, daß alle von ihrer Arbeit lebenden Menschen dafür sorgen, sich in allen Verwaltungskörpern, in den Parlamenten, in Reich, Staat und Gemeinde einen entscheidenden Einfluß zu sichern.

Es muß sich jeder darüber klar sein, daß seine Interessen in jedem Parlament auf dem Spiele stehen, mag es das ganze Reich umfassen oder nur eine Gemeinde! Im Gegenteil, die Möglichkeit, einen Einfluß auf die Produktion, auf die Verteilung usw. zu erlangen, ist in einem beschränkten Kreise, wie z. B. einem Stadiparlament, viel größer, da dort das „Unberührgelände“ von geringerem Einfluß ist.

Wer aber seine Interessen vertreten zu sehen wünscht, für den genügt es nicht — um mit Lassalles Worten zu reden —, Schönredner zu haben, sondern praktische Diener, Menschen, die bereit sind, ihren Auftrag, für die werksfähige Bevölkerung sich einzusetzen, für das Volk zu erfüllen, zu erfüllen, und zwar reiflich. Die bereit sind — ohne das Ziel zu verlieren —, auch den Anforderungen des Tages zu entsprechen, mag es auch noch so schwer und ungewohnt sein.

Von allen politischen Parteien kann nur eine mit Recht von sich behaupten, diesen Ansprüchen genügt zu haben und das ist die S. P. D. Wenn jeder bei einer Wahl und ganz besonders bei der Stadiparlamentwahl seine Pflicht tut, so werden wir unser Ziel erreichen.

Groß-Berlin Zur Kommunalwahl!

Es wird, insbesondere für die Berliner Stadtwahlkreise, nochmals darauf hingewiesen, daß heute abend von 8 Uhr an eine Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus stattfindet. Jeder Parteigenosse muß an dieser Flugblattverbreitung teilnehmen. Je mehr Kräfte zur Verfügung stehen, um so geringer die Arbeit, die der einzelne zu leisten hat und um so größer der Erfolg.

Bei den Schwierigkeiten, die sich bei den Meldungen der Wahlresultate, namentlich in den einzelnen Verwaltungskreisen und den Vororten in den Wahlkreisen ergeben können, werden die in den einzelnen Wahllokalen die Wahl leitenden Parteigenossen ersucht, das Wahlergebnis nicht allein dem zuständigen Kreiswahlleiter, sondern gleichzeitig auch an das Zentralwahlbureau zu melden.

Einigen der geehrten Mitteilung wird bekanntgegeben, daß das Zentralwahlbureau für den kommenden Sonntag sich nicht Lindenstraße 2, sondern in den Seiten 23 befinden wird.

Segen der Erde.

Roman von Axel Damian.

Als er außer Sichtweite war, trat plötzlich Axel hinter einigen Büschen hervor. Barbro fuhr zusammen und fragte: „Wie ist denn das, kommst du von oben herunter?“ — „Nein, ich komme von unten herauf“, antwortete er, „aber ich habe euch beide da hinaufgehen sehen.“ — „Ach so, wirklich! Ja, davon wirst du fett werden!“ rief sie auf einmal rajend, sie war auch jetzt ebenso schlechter Laune wie vorher! „Was brauchst du da herumzuschweifeln? Was geht es dich an?“ — Axel war auch nicht gerade freundlich. — „So, er ist also heute auch wieder hier gewesen?“ — „Und wenn auch? Was willst du von ihm?“ — „Was ich von ihm will? Nein, was willst du von ihm? Du solltest dich schämen!“ — „Nicht schämen? Sollen wir darüber schweigen, oder sollen wir darüber reden?“ fragte Barbro nach einer alten Redensart. „Ich sitze in deiner Gamme wie ein altes Steinbild, daß du es weißt. Warum ich mich schämen sollte? Wenn du eine Haushälterin nehmen willst, dann gehe ich meiner Wege. Du brauchst nur deinen Mund zu halten, wenn es nicht schändlich ist, dich überhaupt darum zu bitten. Da hast du meine Antwort. Jetzt werde ich auf der Stelle hingegeben, dir dein Essen anrichten und Kaffee kochen, dann kann ich nachher tun, was ich will.“

Unter fortwährendem Janfen ging sie hinein. „Nein, Axel und Barbro waren nicht immer einig. Sie war nun schon zwei Jahre bei ihm, aber es hatte immer ob und zu Streit gegeben, hauptsächlich weil Barbro wieder fort wollte. Er drang in sie, wollte, sie solle für immer da bleiben, sich ganz bei ihm niederlassen und seine Gamme und sein Leben mit ihm teilen, er wußte, wie schlimm es wäre, wenn er wieder ohne Hilfe sein müßte, — sie hatte ihm auch schon mehrere Male versprochen, seinen Antrag anzunehmen, ja, in liebevollen Stunden konnte sie sich gar nichts anderes denken, als dasubilden. Aber sobald sich ein Streit entspann, drohte sie mit dem Fortgehen, und wenn sie auch nichts anderes sagte, als sie wolle in die Stadt und

ihre Zähne herrichten lassen, sie würden sonst kaputt. Fortgehen, fortgehen! Er müßte etwas haben, mit dem er sie anbinden könnte.

„Aufsiden! Es war, als höhnlachte sie über dergleichen!“ — „So, du willst jetzt auch fortgehen?“ sagte er. — „Und wenn dem so wäre?“ versetzte sie. — „Kannst du denn reisen?“ — „Kann ich nicht? Du meinst, ich sei in Not weil es dem Winter zugeht, aber ich kann in Bergen jederzeit eine Stelle bekommen.“ — Da sagte Axel sehr ruhig: „Das kannst du jedenfalls vorherhand nicht! Trägst du nicht ein Kind unter dem Herzen?“ — „Ein Kind? Was redest du denn da von einem Kind?“ — Axel starrte sie verblüfft an. War Barbro verblüfft geworden?

Etwas anderes war, daß Axel selbst vielleicht etwas zu wenig nachsichtig war: Seit er nun diesen Anspruch auf sie hatte, war er mit etwas zu großer Sicherheit ausgefahren; das war unklug, er brauchte ihr ja nicht so oft zu widersprechen, es wäre nicht notwendig gewesen, ihr im Frühjahr geradezu zu befehlen, die Kartoffeln zu legen, er hätte sie zur Not allein legen können. Wenn sie erst verbeirathet wären würde schon die Zeit kommen, wo er sich zum Herrn aufwerfen konnte, aber bis dahin mußte er seinen Verstand gebrauchen und nachgeben.

Aber das Schändliche war eben die Sache mit diesem Kontoristen, dem Euseus, der mit glatten Redensarten und einem Spazierstock dahergehender kam. War nun das ein Vernehmen für ein verlobtes Mädchen in ihrem Zustand? War so etwas überhaupt zu begreifen? Bis jetzt war Axel ohne Nebenbuhler hier gewesen. Ja, so änderte sich die Lage!

„Hier sind neue Zeitungen für dich“, sagte Axel. „Und hier ist eine Kleinigkeit, die ich für dich gekauft habe. Du kannst nun sehen, ob es dir gefällt.“ — Sie war kalt. Obgleich alle beide lachend heißen Kaffee tranken, antwortete sie eisfalt: „Ich wette, es ist ein goldener Ring, den du mir schon über ein Jahr her versprochen hast.“

Da hatte sie sich jedenfalls vergaloppiert, denn es war tatsächlich der Ring. Ein goldener Ring war es allerdings nicht, und einen solchen hatte er ihr auch nie versprochen,

daran erinnerte sie sich jetzt; aber es war ein silberner Ring mit zwei vergoldeten Händen darauf, also ein echter Karatgestempelter. Aber ach, der unglückselige Aufenthalt in Bergen! Barbro hatte dort richtige Verlobungsringe gesehen, er solle ihr nur nichts weismachen wollen! — „Diesen Ring kannst du selbst behalten“, sagte sie. — „Was fehlt denn daran?“ — „Was daran fehlt? Nichts fehlt daran“, antwortete sie. Damit stand sie auf und begann den Tisch abzuräumen. — „Du kannst ja diesen vorläufig haben, später wird sich dann vielleicht auch noch ein anderer finden“, sagte Axel. — Darauf erwiderte Barbro nichts.

Uebrigens war Barbro an dem Abend recht schlecht. War nicht ein neuer silberner Ring dankenswert? Dieser vornehme Kontorist hatte ihr wohl den Kopf verdreht. Axel konnte sich nicht enthalten, zu sagen, was dieser Eleus immer hier zu suchen habe. „Was will er von dir?“ — „Von mir?“ — „Ja, sieht denn der Mensch nicht, wie es bei dir bestellt ist? Sieht er dich denn nicht an?“ — Barbro stellte sich vor Axel hin und sagte: „So, du meinst wohl, du habest mich nun an dich gebunden, aber du sollst sehen, daß das erlogen ist.“ — „So“, sagte Axel. — „Ja, und du sollst sehen, daß ich auch von hier fortgehe.“ — Darauf verzog Axel nur den Mund zu einem leichten Lächeln, aber er tat es nicht einmal offen und in die Augen fallend, denn er wollte sie nicht reizen. Dann sagte er beruhigend wie zu einem Kind: „Kum sei einmal artig, Barbro, Du weißt ja, du und ich!“

Und natürlich, spät in der Nacht endete es damit, daß Barbro wieder freundlich wurde und sogar mit dem silbernen Ring am Finger einlief.

O, es würde wohl alles wieder gut werden! Für die beiden in der Gamme wurde wirklich alles wieder gut, aber für Euseus war es schlimmer. Es fiel ihm schwer, die Kränkung, die er erlitten hatte, zu überwinden. Da er sich nicht auf Dosterie verstand, glaubte er, er sei aus reiner Bosheit für Narren gehalten worden; die Barbro auf Treidabild war ein wenig zu fest gewesen, selbst wenn man mit in Rechnung zog, daß sie in Bergen gewesen war. (Fortf. folgt.)

Im nachfolgenden werden Namen und Adressen der Kreiswahlleiter bekanntgegeben:

- I. Berlin-Mitte: Wallstein, NO., Liehmannstr. 5;
- II. Berlin-Tiergarten: Beilke, NW., Lehrter Str. 46;
- III. Berlin-Weidling: Drews, N., Ullricher Str. 22;
- IV. Berlin-Frenzlauer Tor: Kemnitz, N., Schlemmerstr. 28;
- V. Berlin-Friedrichshain: Wuchmann, O., Straßauer Allee 25;
- VI. Berlin-Hallesches Tor: Kesslich, Mariendorfer Str. 2;
- VII. Charlottenburg: Toß, Rosinenstr. 3;
- VIII. Spandau: Fehner, Spandau, Neudorfer Str. 81;
- IX. Wilmersdorf: Baruth, Wilmersdorf, Hofsteinsche Str. 40;
- X. Zehlendorf-Steglitz-Tempelhof: Szillat, Steglitz, Albrechtstraße 53;
- XI. Schöneberg-Friedenau: Geminiski, Schöneberg, Hohenfriedbergstraße 16;
- XII. Neukölln: Kunze, Innstr. 10;
- XIII. Treptow-Niederschönhausen: Schwarzbürger, Oberschönhausen, Weidenstraße 6; Vertreter: Birbaum, Oberschönhausen, Weidenstraße 21;
- XIV. Lichtenberg: Baranowski, Niederbarnimstr. 4;
- XV. Weissenhof-Pankow-Reinickendorf: Guffes, Zegel, Schleperstraße 6.

Dieserigen Wahlkreise, welche aus mehreren Verwaltungsbezirken zusammengesetzt sind: X. Wahlkreis, Zehlendorf-Steglitz-Tempelhof, XIII. Wahlkreis, Treptow-Niederschönhausen und XV. Wahlkreis, Weissenhof-Pankow-Reinickendorf, werden in den einzelnen Verwaltungsbezirken mit besonderen Bezirkswahlleitern versehen, deren Namen und Adressen von den zuständigen Kreiswahlleitern zu erfahren sind bzw. an dieser Stelle noch zur Veröffentlichung gelangen.

Parteilosen! Wie nicht anders zu erwarten, werden sich die rechtsstehenden Parteien und die Unabhängigen von neuem um die Gunst der Wählerschaft. Vergleichen mit der Klame und den Versprechungen, die beide vor der Reichstagswahl machten, ist es bei ihnen merklich still und ruhig geworden. Das kommt daher, daß beide ihres vermeintlichen „Sieges“ nicht froh werden können. Die Wähler, die den Schirmherrschaft von rechts und links ihre Stimmen geben, sehen sich enttäuscht, weil beide, insbesondere die Unabhängigen, nunmehr Angst vor ihrer eigenen Courage zu haben scheinen. Auf die Dauer wird sich ein denkendes Volk, vor allem ein denkender Arbeiter an diesem politischen Karrenseil nicht herumführen lassen, sondern verlangen, daß seine Stimme auch praktisch bewirkt wird.

Wer dieses Ziel auf dem Gebiete der Kommunalpolitik erreichen will, muß rasch aufgeklärt werden, am 20. Juni nur der Liste Heimann seine Stimme zu geben.

Die Zentralwahlbüros der sechs Berliner Wahlkreise

zu den Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen am Sonntag, den 20. Juni, sind:

- I. Berlin-Mitte: Restaurant Haveland, Neue Friedrichstr. 35;
- II. Berlin-Tiergarten: Papenhof, Brauerei, Turm- und Stromstraßen-Ecke;
- III. Berlin-Weidling: Restaurant Meyer, Bankstraße 82;
- IV. Berlin-Frenzlauer Tor: Restaurant Burg, Frenzlauer Allee 180;
- V. Berlin-Friedrichshain: Restaurant Schäfer, Rübendorfer Straße 3;
- VI. Berlin-Hallesches Tor: Lindenstraße 3, 1. Hof links etc., Raum der juristischen Sprechstunde des „Vorwärts“.

An den genannten Stellen sind Flugblätter, Stimmzettel und Plakate in Empfang zu nehmen.

Aufbesserung der Hinterbliebenenbezüge.

Durch die Tagespresse geht von einem der Verbände der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen veranlaßt und angeblich aus amtlicher Quelle stammende Mitteilung, daß den Hinterbliebenen der Unterlassen eine Aufbesserung ihrer Bezüge zuteil werden solle. Wie von dem Reichsarbeitsministerium hierzu mitgeteilt wird, liegt dieser Rottz eine amtliche Nachricht nicht zugrunde. Wenn auch Beratungen darüber schweben, die den Hinterbliebenen durch das Reichsverordnungsverfahren sichergestellt Erhöhung ihrer Rentenbezüge durch Zuschusszahlungen so schnell wie möglich, wenigstens zu einem Teil, wirksam zu machen, so sind diese noch nicht so weit gediehen, daß heute schon Einzelheiten bekanntgegeben werden können. Sobald Endgültiges feststeht, wird Bekanntgabe erfolgen. Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß die in Vorbereitung befindliche Maßnahme nicht auf die Anregung eines einzelnen Verbandes zurückzuführen ist, sondern auf freier Entschliebung der Reichsregierung beruht, der die Notlage in den Kreisen der Hinterbliebenen sehr wohl bekannt ist und die daher unmittelbar nach Annahme des Reichsverordnungsverfahrens die nötigen Schritte eingeleitet hat.

Begen versuchten Mordes verhaftet wurde eine 26 Jahre alte Arbeiterin Pauline Stielcr. Frau Stielcr geriet mit ihren beiden 5 und 4 Jahre alten Kindern in bittere Not. In der Verzweiflung beschloß sie, mit ihren Kindern aus dem Leben zu scheiden. Vor acht Tagen schloß sie sich mit ihnen in ihrer Kellerwohnung ein, speiste den Gasautomaten mit 20 Pf., öffnete den Föhn und legte sich mit den Kindern hin, um den Tod zu erwarten. Ein Nachbar wurde jedoch durch den Geruch auf die Befahrung aufmerksam und rief die Polizei. Diese fand Mutter und Kinder schon bestattungsgelöst, aber noch lebend daliegen und ließ alle drei nach dem Krankenhaus verbracht werden. Die Mutter wurde wegen versuchten Mordes dem Untersuchungsrichter vorgeführt, die Kinder bei Verwandten untergebracht.

Der Potsdamer Polizeipräsident Appich ist, wie eine Lokal-korrespondenz zu melden weiß, vom Minister des Innern seines Amtes enthoben worden. Eine Befähigung dieser Nachricht war an zuständiger Stelle gestern nicht mehr zu erreichen.

Am Tage der Berliner Stadtverordnetenwahlen bleiben das Alte und Neue, das Kaiser-Friedrich-Museum, das Kunstmuseum, das Museum für Völkerkunde, die Sammlung für deutsche Volkskunde, das Zeughaus und das Märkische Museum geschlossen.

Verband sozialistischer Lehrer. Heute 7 Uhr sprechen in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Kohlr. 19: König, Dr. Synedon und Dr. Dietl.

Für die Kunstgewerbezeichner und -zeichnerinnen veranstaltet der Bund der technischen Angestellten und Beamten am Freitag, den 18. Juni 1920, abends 7 Uhr, in der Aula des Margareten-Bezirksamtes, eine öffentliche Versammlung. Das Thema lautet: „Der Kunstgewerbezeichner, seine Arbeitsbedingungen und seine Organisation“.

Lichtenberg. Stadtverordnetenwahl. Eine Petition des Interessengerechts für Handel und Gewerbe betr. Zuschuss einiger ihrer Mitglieder zu allen Sitzungen des Nahrungsmittelausschusses und der Beschwerdekommission wurde abgelehnt. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 8. Mai 1920 betr. die nichtständigen Angestellten gelangte ohne große Auseinandersetzung zur Annahme. Stadtv. Kandi (S. P. D.) bemängelte nur, daß in dem Vergütungsstarif die Gehaltsstufe zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen eine zu große Spanne zugunsten der männlichen aufweisen. Der Magistrat sollte hierzu eine Vorlage eingebracht, nach der die Vergütungssätze für Jugend-

Nur noch wenige Tage

trennen uns von der Entscheidung in Groß-Berlin. Der 20. Juni muß ein

Ehrentag für die Berliner Sozialdemokratie werden. Dazu ist nötig, daß wir auch den letzten Wähler und die letzte Wählerin auf die Beine und in unsere Versammlungen bringen, um ihnen zu zeigen, eine wie verhängnisvolle Politik die falschen Freunde der Arbeiterklasse,

die Unabhängigen, treiben, wie sie die Macht der Arbeiter an die Reaktion ausliefern, weil so, „ausdrücklich betrachtet“, der Sieg der Arbeit über den Kapitalismus beschleunigt wird. Aber es gilt auch der Wählerschaft, die immer noch auf die Wunderkraft der Rechtsparteien hofft, zu zeigen, daß diese Gesellschaft dem Volke nur neue Sklavenketten anlegen will. Pflicht eines jeden Wahlberechtigten ist es daher, an den nächsten Tagen für die nachfolgend aufgeführten

Wählerversammlungen der S. P. D.

zu agitieren und sie zu besuchen. Sie finden statt:

- Brandenburg.** 8 Uhr bei Klug, Referent: Genosse Keller-Pankow.
- Tempelhof.** 8 Uhr, für Gewerbetreibende und Händler in der Aula der zweiten Gemeindegasse, Werderstraße. Referent: Dr. Gaspary-Birtschaftsministerium.
- Niederhörsinghausen.** 7 1/2 Uhr in der Aula des Rheums, Kaiser-Wilhelm-Straße. Referent: Genosse Karl Gehshold.
- Schmargendorf.** 8 Uhr, Goethehaus, Spandauer Straße.
- Lichtenberg.** Cäcilien-Verein, Markstraße, und John-Realgymnasium, Marktstr. 2. Tagesordnung: „Das neue Berlin“. Referent: Staatsrat a. D. Paul Dirich u. Stadtrat O. John.
- Tempelhof.** 7 1/2 Uhr, in der Aula der Gemeindegasse, Werderstraße. Referent: Genosse Dr. Cassau.
- Grünau.** 7 1/2 Uhr, bei Buchholz, Friedrichstraße. Referent: Genosse Adolf Philippborn.
- Mariendorf.** 7 1/2 Uhr, in der Aula des Gymnasiums, Kaiserstraße. Referent: Genosse Rothmann.
- Niederschönhausen.** Stadtheater. Referent: Genosse Eugen Brüdner.
- Lichtenrade.** 7 1/2 Uhr, Waldrestaurant, Hilpertstraße. Referent: Genosse Gustav Keller, N. d. L.
- Buchholz.** 7 1/2 Uhr, bei Köhne, Berliner Straße. Referent: Genosse Bernhard Bruns.
- Vorflughafen.** 7 1/2 Uhr, in Conrads Festhallen. Referent: Genosse Bahle.
- Zegel.** 7 1/2 Uhr, im Restaurant Bellevue. Referent: Genosse Theodor Kabeitz.
- Dahlem.** 7 1/2 Uhr, bei Schilling, Königin-Luise-Straße. Referent: Genosse Robert Rintel.

Morgen, den 18. Juni, abends 7 Uhr:

- Wahlkreis Berlin-Mitte.**
 - Aula, Ruppiner Str. 48. Referent: Genosse Dr. Boehm.
 - Aula, Annenstr. 1b. Referent: Genosse Ritter.
 - Roland-Festhalle, Wasser Str. 26. Referent: Genossin Wygodzinski.
- Wahlkreis Berlin-Tiergarten.**
 - Aula, Kirchner-Oberrealschule Jwinglitzstr. 2. Ref.: Gen. Heimann.
- Wahlkreis Berlin-Weidling.**
 - Aula, Müller-, Ecke Triftstraße. Referent: Genosse Wolat.
 - Aula, Grünhalden Str. 5. Referent: Genossin Niedger, Genosse Pattloch.
- Wahlkreis Berlin-Frenzlauer Tor.**
 - Aula, Greifswalder Str. 25. Referent: Genosse Fröhlich.
 - Königsstadt-Brauerei, Schönhauser Allee 10/11. Ref.: Gen. Pöpsch.
 - Aula, Pappel-Allee 41/42. Referent: Genosse Koblenger.
- Wahlkreis Berlin-Friedrichshain.**
 - Schulaula, Hohenlohestr. 10/11. Referent: Genosse Brüdner.
 - Margareten-Bezirk, Pfandstr. 10. Referent: Gen. Dermann.
 - Gemeindegasse, Petersburger Str. 4. Referent: Gen. Wilschlag.
 - Papenhof-Brauerei, Landberger Allee 26. Ref.: Gen. Müntner.
 - Schulaula, Rigauer Str. 81/83. Referent: Genosse Glode.
- Wahlkreis Berlin-Hallesches Tor.**
 - Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Ref.: Gen. Gehshold.
 - Vodkauerer, Ribicinstr. 2/3. Referent: Genosse Bruns.

Sonnabend, den 19. Juni, abends 7 Uhr:

- Charlotten-Bezirk, Steglitz Str. 29.** Referent: Gen. Heimann.
- Tagesordnung in allen Versammlungen:**
 - Die Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen für die neue Stadtgemeinde Berlin und die Sozialdemokratie.
 - Genossinnen und Genossen! Auf ein Werk, nützt die Zeit, stärkt unsere Reihen, werdt unablässig Stimmen für die Sozialdemokratie!

liche auf drei Viertel des Tarifjahres herabgesetzt werden sollten. Diese Vorlage ist abgelehnt worden. Von der Fraktion der U. S. P. wurden einige Abänderungsanträge zu dem Mantelarif angenommen, ebenso auch der Antrag, daß den Angestellten von ihrem Mitgliedschaftsrecht, das bisher gültiger war als das im Betriebsratsgesetz vorgesehene, nichts geschmälert werden soll. Eine Magistratsvorlage betr. Erhöhung der Hundesteuer vom 1. Oktober 1920 auf jährlich 200 M für den ersten und je 300 M für den zweiten und jeden weiteren Hund wurde angenommen. Desgleichen eine Magistratsvorlage betr. Erhebung von Steuern für die Veranlassung von Lustbarkeiten auf freien Plätzen (Bergungsbühnen- oder sogenannten Kummelplätzen). Die Magistratsvorlage betr. Erhebung der Kurkosten für im Krankenhaus wurde ebenfalls angenommen. Hiernach werden ab 1. Juni 1920 erhoben:

- 1. Klasse: für Einheimische 30 M., für Auswärtige 40 M.;
- 2. Klasse: für Einheimische 20 M., für Auswärtige 30 M.;
- 3. Klasse: für Einheimische 10 M., für Auswärtige 12 M.;
- für Kinder unter 14 Jahren: Einheimische 6 M., Auswärtige 10 M.;
- Entbindungsgeld für Einheimische 30 M., Auswärtige 50 M.;
- Als Auswärtige werden nur diejenigen angesehen, welche außerhalb des Gebietes Groß-Berlin ihren Wohnsitz haben. Die Vorlage über Neuregelung der Besoldung der städti-

chen Beamten und dauernd Angestellten und der Teuerungszulagen für die Ruhegeld- und Witwen-geldempfänger wurde einer Kommission überwiesen, dagegen die Vorlage über die Neuordnung der Besoldung der Lehrpersonen angenommen.

Waldmannsland. Aus der Gemeindevertretung. Der Beitrag für die Schwesternstation wird auf 1600 M. erhöht. Zum Schiedsmann vom 1. Juli ab wird Herr Polizeireferent Resch gewählt. Dem Antrage der Neuen Boden-V. G. auf Austausch hinterlegter Papiere wird insofern entsprochen, als dafür Papiere angenommen werden sollen, deren Wert im Tageslaufe die Summe von 100 000 M. erreicht. Zur Bezahlung der Unkosten für die Umfassung der Kurhaus- und Waldmannsstraße wird ein Darlehen von 650 000 M. aufgenommen. Da die Konsumgenossenschaft eine Verkaufsstelle in Waldmannsland errichtet hat, wird von der geplanten Einrichtung einer Gemeindeverkaufsstelle abgesehen. Für die Aufbesserungsarbeiten im Schulgebäude soll auch die Konsumgenossenschaft herangezogen werden.

Neukölln, Auskunft in allen kommunalen Angelegenheiten erteilt das im alten Rathaus, Berliner Straße 62/63, Erdgeschoss, Zimmer 463, eingerichtete Bureau. Dort können auch Beschwerden anhängig gemacht werden.

Wittwoch ist diese Auskunft- und Beschwerdestelle auch nachmittags von 6-7 Uhr geöffnet.

Zur Entgegennahme von Wünschen und Beschwerden der Einwohner sind in diesen Stunden auch Stadtverordnete anwesend.

Die Zentralkasse für Krankenernährung schreibt uns: Durch die eingetretene Portierhöhung ist ein Teil unserer auf Krankenernährung angewiesenen Einwohner durch das hier übliche Zustellungsverfahren der Briefe der Zentralkasse für Krankenernährung zweifellos finanziell in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Verhältnisse liegen zwar so, daß der Magistrat beim besten Willen nicht in der Lage ist, den Wünschen um Abholung der Briefe — nämlich kommen 22 000 und mehr Briefe in Frage — nachzukommen. Die bei dem herrschenden Wohnungsmangel dem Magistrat zur Verfügung stehenden Räume reichen knapp zur Erledigung der innendienstlichen Geschäfte zu. Außerdem ist zu bedenken, daß ein großer Teil der auf Krankenernährung angewiesenen Einwohner alte und gebrechliche Leute sind. Diesen Leuten, die die Abholung ohne Benutzung der Straßenbahn, die heute für eine einfache Fahrt 70 Pf. nimmt, nicht ausführen können, käme die Erlangung des Briefes einschließlich Porto für die Benachrichtigung sogar auf 150 M. Gerade hiermit würden wir aber den wirtschaftlich schwächsten Teil am empfindlichsten treffen, was doch sicher nicht Absicht der Wunschbringer gewesen sein kann. Ferner würde auch dem nicht unerheblichen Teil der Einwohner, die tagsüber geschäftlich tätig sind, die Abholung der Briefe nur unter größten Schwierigkeiten und erheblich höherem Zeit- und Kostenaufwand möglich sein, denn eine Ausbündigung des Briefes mit dem hochwertigen Karten- und Bezugsschein hätte doch nur an den Empfänger selbst nach vorheriger Regiminationsprüfung erfolgen. Sollten es jedoch die Verhältnisse einigermaßen gestatten, so wird der Magistrat keine Gelegenheit unbenutzt vorbeigehen lassen, um eine für alle Kreise befriedigende Lösung herbeizuführen.

Nach vorstehend Ausgeführtem kann selbst den dringendsten Wünschen um Abholung der Briefe aus der Zentralkasse für Krankenernährung zu unserem größten Bedauern zurzeit nicht entsprochen werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 17. Juni.

- 7. Ubr. 1/7 Uhr: Flugblattverbreitung in allen Bezirkslokale, anschließend Extrazusammenkunft.
- 14. Ubr. 1/5 Uhr: Flugblattverbreitung bei Rabke, Neue Jakobstraße 1, Ecke Anselstraße, und Krüger, Engelauer 13. Zahlreiche Beteiligung aller Parteigenossen ist unbedingt erforderlich.
- 15. Ubr. 6 Uhr bei Große, Blumenstr. 88, Verteilung der Flugblätter an Funktionäre und Wähler.
- 16. Ubr. 1/4 Uhr von den Bekannten Lokale aus Flugblattverbreitung, 8 Uhr bei Schuler, Rübendorfer Straße 3: Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute.
- 18. Ubr. 318., 319., 320., 324., 325. und 327. Bezirk: 8 Uhr bei Deele, Kemeler Straße 63: 1. Vortrag. 2. Wahlarbeitseinstellung für die Stadtverordnetenwahlen.
- 26. Ubr. 7 Uhr bei Reule, Linienstr. 218: Wichtige Sitzung der Funktionäre, Betriebsvertrauensleute und Wähler.
- 30. Ubr. 1/4 Uhr vom Lokal Grünau, Stahlhelmstr. 30: Flugblattverteilung.
- 40. Ubr. 7 Uhr bei Schmidt, Bielestr. 17: Funktionärskonferenz.

Morgen, 18. Juni:

- Achtung, Polizeibeamte! Polizeiverbandsrat S. P. D.** 7 Uhr in Haveland Festhallen, Neue Friedrichstr. 35: Mitgliederversammlung. Erziehen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.
- Charlottenburg.** 7 Uhr im Volkshaus, Rosinenstr. 4: Dessenfallsige Volksversammlung, Tagesordnung: Die wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie im Groß-Berliner Stadiparlament. Ref.: Dr. Striemer.
- Steglitz.** 8 Uhr im Gymnasium, Hülpestraße: Dessenfallsige Wählerversammlung: Die Schlägen unserer Gegner. Referent: Gemeindegasse Leinbach und Gemeindevorsteher Szillat.
- Tempelhof.** 8 Uhr in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße: Dessenfallsige Versammlung. Referent: Ministerpräsident a. D. Paul Dirich.
- Treptow-Baumgartenweg.** Dessenfallsige Wählerversammlung für den Ortskreis Baumgartenweg im Osthaus Rarienthal, Baumgartenstr. 64. Referent: Die Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung Hr. Richter und Dr. Richard Lohmann.
- Oberschönhausen.** 7 1/2 Uhr, Aula des Realgymnasiums: Wählerversammlung. Referat: Die Bedeutung der Kommunalwahlen. Referent: Genosse Ritter.
- Waldhof.** 7 1/2 Uhr, Schulaula, Bismarckstr. 53: Mitgliederversammlung. Eröffne Gen. Jabel spricht über: „Die Gemeinde Waldhof im neuen Groß-Berlin“. Gäste willkommen.
- Reinickendorf-Ch.** 7 1/2 Uhr im Bürgergarten, Hauptstr. 51: Dessenfallsige Wählerversammlung. Ref.: Stadtrat Koblenger. — Sonnabend Wichtige Flugblattverbreitung für Ost und West.

Jugendveranstaltungen.

- Heute abends 1/2 8 Uhr:
 - Zentraljugendheim, Lindenstr. 3.** Vortrag: „Alkohol und Nikotin“.
 - Charlottenburg, Jugendheim, Rosinenstr. 4:** Mädchenabend.
 - Pankow, Lokal Weiß, Kaiser-Wilhelm-, Ecke Ederstraße: Lesabend.** (Heine, Hölderlin und Freiligrath).
 - Lichtenberg, Jugendheim, Müggelstr. 18:** Mädchenabend.
 - Mariendorf, Jugendheim, Schule Dorstr. 54:** Vortrag: Die Geschichte der Jugendbewegung.
 - Niederhörsinghausen, Jugendheim, Gemeindegasse Berliner Str. 31:** Diskussionsabend.
 - Reinickendorf-West, Lokal Eichhornstraße, Eichhornstr. 60:** Vortrag: „Herbrand Vassal“.
 - Schönhauser Vorstadt I, Jugendheim, Gemeindegasse Sonnenberg Str. 20:** Außerordentliche Mitgliederversammlung.
 - Schönhauser Vorstadt II, Jugendheim, Jugendklubzimmer der 222/228. Gemeindegasse, Pappelallee 41/42:** Vortrag: Jugend und Jugendklub.
 - Steglitz-Friedenau, Jugendheim, Friedenau, Gemeindegasse Offenbacher Straße:** Vortrag: „Hilfereon“.
 - Zegel, Jugendheim, Bahnhofsstr. 15:** Mädchenabend. Vortrag: „Reformkleidung“.

Sport.

2418 590 M. betrug der Totalatoriumjah am Sonntag in Ruhleben. — Freiherr von Lynzer, der Wächter des Geistes Parkburg, wird dort vornehmlich Halblint züchten, doch soll desgleichen die Vollblutgattung, wenn auch nur in beschränktem Maße, weiterbetrieben werden.

Briefkasten der Redaktion.

- 110 R. G. Eingegangen aber nicht verwendbar. — Otto, Zeilau. Wenden Sie sich an die Gemeinde Lichtenrade. — M. W. Die Scheiben mit geschlammtem Blasenod (Pariser Rot) nachfolieren. — M. D. 16. 1. 2. 900 M. betrag 15,90 M. Dazu 6 M. besondere Zulage. 2. 900 M. 3. Reins. — W. G. 100. 3a. — F. W. 23. 1. Reins. 2. 200 1500 M. 3. Ja. — Uno 606. 1. und 2. Steuerfrei sind 1500 M. Die Veranlagung erfolgt erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1920. Ueberheigt der Wert der Steuerermäßigungen den zu zahlenden Steuerbetrag, so wird der überschüssige Betrag nach der Veranlagung in bar erstattet. — R. P. — G. 36. Sie müssen sich an das Polizeivakuum wenden. — R. W. 45. 1. Ja. 2. Wismereute. 3. Hauptfürsorgeauschuss Volkstraße 5. 4. Reins. — S. P. D. 1200 R. Grundrente und 150 R. Scherzschillingzulage. Unter bestimmten Voraussetzungen kommt noch die Ausgleichszulage in Frage. — Odt. 2g. hat jetzt Urlaub erhalten. — W. G. 4. Prof. Dr. Nicolai, B. 14, Ullmannstr. 14.

Wirtschaft

Wie „Die Post“ heßt!

Einem Artikel der „Post“ Güte — Leder — Schuhe entnehmen wir folgende geradezu unterförmigen Verdrückungen der Tatsachen:

In der deutschen Lederwaren- und Schuhindustrie nimmt die Geschäftslage die Entwicklung, die ihr durch die wachsende Kaufunfähigkeit weiter Kreise des Volkes vorgezeichnet ist. Schwere ist die steigende Kaufunfähigkeit von Arbeitern und Angestellten bedauerlich, aber man darf bei der Beurteilung dieses Problems nicht vergessen, daß Arbeiter und Angestellte ihre mäßige wirtschaftliche Lage durch ihre gewalttätige Lohnpolitik selbst verursacht haben; der Arbeiter ist seit der Revolution nur darauf ausgegangen, sein Einkommen zu steigern und dabei gleichzeitig seine Arbeitsleistungen zu verringern. Daß diese Art der Lohnpolitik früher oder später zum Zusammenbruch führen muß, hätte jedem Einsichtigen klar sein müssen; die Regierung glaubte aber aus parteipolitischer Kurzsichtigkeit heraus die un sinnigen Forderungen der Arbeiter- und Angestelltenchaft begünstigen zu sollen. Die Lage der Angestellten hat sich gegen früher erheblich verschlechtert, weil die Angestellten ihre Arbeit dadurch entwerteten, daß sie sich zu Handarbeitern degradierten und auf diese Weise die Handarbeit der Kopfarbeit gleichstellten, ohne dabei zu bedenken, daß die Geistesarbeit der Handarbeit vorausgehen muß, sie erleichtert, verwertet und in Geldwerte umsetzt. Eine Besserung ihrer Lage werden die Angestellten wohl erst dann erwarten dürfen, wenn sie sich wieder auf sich selbst befinnen.

Um diese Ausführungen zu kennzeichnen, genüge folgende Feststellung. Am „Wirtschaftsrat“ gab Kommerzienrat Wallerstein, der Führer der Schuhindustriellen, bekannt, daß der Lohnanteil an den 400 und 500 M. kostenden, zurzeit unverkäuflicher Stiefeln 2 Mark betrage. So sehen also die „un sinnigen Forderungen“ der Arbeiterschaft in Wahrheit aus! „Die Post“ weiß dagegen ganz genau, daß der Preis für ein Kilo Leder, der 1914 5 M., August 1919 18 M. betrug, bis auf 240 M. dank des „freien Spiels der Kräfte“ hinaufgetrieben wurde, daß die notwendigsten Bedarfsartikel auf das künstigste gestiegen waren, weil, ja weil man die von den sozialistischen Arbeitern geforderte organisierte Produktion, die derartige, die Wirtschaft benutzende Spekulationen unmöglich macht, mit allen Kräften abgelehnt hat. Heute steht diese Industrie vor dem Zusammenbruch, den die Unternehmer allein verschuldet haben. Das schwerste Verbrechen ist es aber, bei großen Materialvorräten die Arbeiter feiern zu lassen. Hier mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge helfen zu wollen, ist grundverfehrt, hier gibt es nur einen Weg, die Betriebe von Reich wegen fortführen zu lassen, wenn die Unternehmer sich nicht dazu verstehen, mit dem Mittel eines großen Zusammenschlusses zu einer Produktionsgemeinschaft sich selbst die Kredite zur Fortführung der Betriebe zu

verschaffen. Die Schuhindustrie ist eine Massenfabrikation, die ohne weiteres zusammengefaßt werden kann. Jeder Tag Betriebsstillstand bedeutet gewaltige volkswirtschaftliche Verluste, die das deutsche Volk nicht tragen kann. Daher sofortige Wiederaufnahme der Produktion!

Fortschreitende Konzentration.

Die Deutsche Seefischerei A.-G. in Rughaven, die kürzlich die Hochseefischerei-Ges. „Alte Liebe“ übernommen hat, wird die „Verenigten Fischdampfer-Reedereien in Hamburg“ übernehmen. Auf die Deutsche Seefischerei A.-G. gehen die mit der Reichert-Schiffswerft abgeschlossenen Kaufverträge über 20 Fischdampfer über.

Zusammenschluß und Gründung in der Fleischwarenindustrie. Nachdem die Gesamtheit der Fleischwarenindustrie Deutschlands sich im Verband der Deutschen Fleischwaren-Indu-

Gemeindewahl Groß-Berlin

Am Sonntag entscheidet sich, wer Berlin regieren und verwalten soll. Die Erfahrungen nach dem 6. Juni haben gezeigt, daß Unabhängige und Rechtsparteien vielschimpfen, aber sehr wenig positiv leisten können. Deshalb muß der 20. Juni zu einem glänzenden Erfolg für unsere Partei gestaltet werden. Genossen und Genossinnen! Stellt euch alle zur Wahlarbeit zur Verfügung und meldet euch sofort in Berlin bei den Abteilungsleitungen, in den Vororten bei den Ortsvorständen.

Der Bezirksvorstand.

Die R. B., die Berlin, zusammengeschlossen hat, wurde in Berlin eine Gesellschaft „Fleischwaren-Industrie-A.-G. (Flag)“ gegründet, die die Fleischwarenindustrie mit Rohmaterial zu versorgen und die in dieser Richtung liegenden Handelsgeschäfte einheitlich als Vertreterin der deutschen Fleischwarenindustrie durchzuführen soll.

Aufkurs für Schweinewärter und Schweinemeister. In der Versuchswirtschaft für Schweinehaltung, -fütterung und -zucht, Ruhlsdorf, Kreis Teltow, beginnt am 1. Juli d. J. ein neuer Aufkurs zur Ausbildung von Schweinewärtern und Schweinemeistern. Da es in der Praxis an brauchbarem Stallpersonal mangelt, hat die mit allen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattete Versuchswirtschaft in Ruhlsdorf neben der eigentlichen Versuchstätigkeit auch die Lehrtätigkeit aufgenommen.

Aus aller Welt.

Zugzusammenstoß in Frankreich.

Paris, 16. Juni. (Schandisch Neuweibureau.) In dem Tunnel in der Nähe von Meudon auf der Linie Paris-Verfailles ist ein Güterzug mit einem Personenzug zusammengestoßen. Laut den ersten vorliegenden Berichten gab es eine große Anzahl Toter.

Das Wunder ist des Glanbens liebster Feind.

Ein angebliches „Wunder“, daß in einem Hause am Kachener Bahnermarkt sich täglich wiederholen soll, hat viele Gemüther in Aufregung versetzt. Es handelt sich um ein „blutendes“ Herz Jesu im Besitz einer Inhaberin eines Bier- und Buttergeschäfts; sie hat es von einer toedten aus Frankreich zurückgekehrten Freundin aus Essen bekommen. Gleichzeitig mit ihr ist der vom Amt suspendierte und erkommunizierte französische Priester Cesar Bacheire eingetroffen. Dieser hatte schon im Jahre 1914 in dem Dorfe Vitracan angeblich „blutschwizende“ Herz-Jesu-Bilder und Hostien ausgestellt und nachbildungen davon mit großem Gewinn verkauft. Jetzt scheint sich dasselbe Schauspiel in Kachen zu wiederholen. Die Kachener Geistlichkeit steht der Sache ablehnend gegenüber; der zuständige Oberpfarrer bezeichnet sie als Schwindel und Unfug. Das erzbischöfliche Generalvikariat verbietet den Katholiken den Verkehr mit dem Priester. Die Kachener Polizeibehörde ist durch den Massenandrang am Bahnermarkt gezwungen gewesen, Abwehrmaßnahmen zu treffen. Der französische Geistliche ist übrigens am Sonnabend nachmittag über Herbesthal wieder abgereist, angeblich nach Paris. Nach dem „Volkstrend“ handelte es sich nicht um ein einziges Bild, sondern an die Stelle des „abgebluteten“ trat ein anderes, das prompt wieder blutete.

Automob. Auf der Chaussee zwischen Tichernowitz und Wolfshain, Niederlausitz, sind zwei Automobile zusammengestoßen. Der 19jährige Sohn des Generaldirektors des Ife-Bergbauwerks wurde dabei so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb.

Defraudant verhaftet. In Dänemark ist, wie uns aus Kopenhagen gemeldet wird, ein gewisser Müller verhaftet worden, der in Stuttgart 1 Million Mark unterschlagen hat.

Italiener und Italiener. Vor einigen Tagen wässerten Öst- und drei Transportzüge mit italienischen Regionären, die aus Sibirien kamen. Alle drei Transportzüge wurden von italienischen Eisenbahnern aufgehalten. Die Eisenbahner verlangten von den Regionären die Auslieferung der Waffen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, die schließlich in einen regulären Kampf ausmündeten, bei dem auf beiden Seiten von der Schusswaffe ausgiebiger Gebrauch gemacht wurde.

Bei Ruß will i ham! Im Verichte der Oberpostdirektion München sind bis jetzt 5000 Telephonanmeldungen wegen der am 1. Juli eintretenden Gebührenerhöhung gemeldet worden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Welt heiter, tagüber recht warm, etwas Gemitterneigung, aber vorwiegend trocken bei mäßigen östlichen Winden.

Am Montag, den 14. Juni 1920, entschlief nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser herzensguter Vater und Großvater

Hermann Licht

im 61. Lebensjahr.

In tiefer Trauer
Marie Licht geb. Bräutigam nebst Familie.
Berlin D 34, Dorotheenstr. 13.

Die Einäscherung findet am Freitag, den 18. Juni vormittags 10 Uhr, im hiesigen Krematorium Oranienburger Straße statt.

Preise

zahlen wir Ihnen für
Altpapier, Altmittel, Alteisens u. Flaschen,
daß Sie stets nur noch zu uns kommen.

F. & W. Seydlitz
Metall- und Papierverwertung
Klein-Einkauf: Berlin S. 59, Hermannplatz 4, Amt Mpl. 7291.
Händler-Einkauf: Berlin S. 33, Cuvrystr. 38, Amt Mpl. 792.

Ankauf Juwelen

zum heutigen hohen Kurs

Margraf & Co. G.m.b.H.
Kanonierstr. 9

Pianos

Stützflügel, Harmonien jeder Holz- u. Siliart. Kunstspielapparate. Notentrollen, Gebrauchsinstrumente, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen.

Max Adam, Münzstraße 16.

Billige Weine u. Spirituosen

Sambal-Wein-Verschnitt, 45% 41,-
Weinbrand-Verschnitt, 38% 40,-
Weinbrand, 20% 40,-
Billige Weine, sonstige Säfte und Spirit.

Nur gegen Nachnahme oder Kasse gegen Duplikat-Frachtbrief.
Wolff Müller, Weinhandlung, Würzburg. — Vertreter gesucht.

Spezialarzt

Dr. med. Hasché
Friedrichstr. 90, Stadtbahn.
Haut-, Harn-, Frauenleiden
Spr. 10-1, 5-8, Sonnt. 11-1.
Kostenl. Berat. Bez. Zahlung

Spezialarzt

Dr. med. Koeben
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwächl., Bekrank., schmerzlos, schnell, sicher u. schmerzlos, ohne Berufsstörung. Blutunter-such. Pflanzl. Harn usw. gegenüb. gegenüb. gegenüb.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Königstr. 56-57, gegenüb. Rathaus Spr. 10-1, 4-7, Sonnt. 10-1, Teilzahl. Separ. Damenzim

Parabellum-

Pistolen, Gewehre aller Art kaufen
Frank & Co., W. S.
Markgrafenstr. 80.

Krause Pianos

zur Miete
Ausbacher Straße 1, Ecke Kurfürstenstraße

Preisherabsetzung

Jackell-Anzüge aus erstklassigen, englischen Stoffen, la Futter-sachen, Ersatz für Maß von 1950,- auf **1400,- M.**
Jackell-Anzüge schöne Muster, haltbare Stoffe von 1000,- auf **790,- M.**
Hosen schöne Streifenmuster von **250,- auf 180,- M.**
Sommer-Paletot marango Chevrolet, la Verar-beitung von **650,- auf 520,- M.**
Gummi-Mäntel Sportform, mit Gurt ringsherum von **790,- auf 590,- M.**
Lodenmäntel, Sportanzüge, Knaben- u. Jünglingsanzüge sehr billig

Keine Filialen mehr **BaerSohn** **Nur eine Verkaufsstelle**

Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Zähne

4 Mark! 7 Mark!
mit echtem Friedens-Kautschuk

schöne, natürliche Farbe, bei 5 jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlicher Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gammern. Kronen von 30 M. an. Keine Luxuspreise. Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis Katvani, Danziger Straße 1
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9-12, 2-7, Sonntags u. Feiertags 9-12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit gefertigt.

Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt.

Auszug

aus der Abschlußrechnung am 31. Dezember 1919.

Das Aktienkapital beträgt Mk. 7 500 000,—
Die Kapitalrücklage beträgt 1 250 000,—
Die Kapitalsonderrücklage beträgt 2 375 000,—
Der Prämienübertrag beträgt 4 694 032,—
Die Prämien-Einnahme in 1919 betrug 16 298 360,—
Die Zinsen-Einnahme in 1919 betrug 459 538,—
Die Ende 1919 in Kraft befindliche Versicherungs-summe betrug 7 941 061 737,—

Achtung! Garantie.
In Milch-Zentrifugen-Fordert Preisliste Nr. zwei, Schrot- u. Backmehlmühlen f. Hand-Kraft u. Pferde-Antrieb. Fordert Preisliste Nr. drei. Besuchen Sie m. großes Lager. Ganschow, Kastanienallee 39, Berlin, II. Stockwerk.

A. Lehmann & Co.,
Jah. 1. Gantenberg, Leipziger Str. 113/114, Gc. Jenaerstr. 100.

Metall-Ankaufsstelle
Grüner Weg 80
zahlt die höchsten Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Helmaand, Haus u. Garten

eing. Genossensch. m. b. Hakt.
Rüdesheimer Platz 11.
Bilanz per 1. Juni 1920.

Aktiva	
Kassa-Konto	7,20
J.R. M. Chodziessner	8380,-
Viktor Paetel	2742,10
Bank f. Hand. u. Ind.	300,-
Dir. d. Discant. Ges.	150,-
Carl Pr. Thiele	1580,-
Gew.-u. Verlustkont.	410,38
M. 12 573,09	
Passiva	
Geschäftsanteilkont.	4 575,-
Julius Paetel	5 603,69
Ad. Hennig, Hauskont.	495,-
Fr. Westhausen	656,-
Max Schultze	224,-
M. 13 573,69	

Der Vorstand.
F. Mielentz, Viktor Paetel.

Erfinder

bedienen sich zur Anmeldung und Verkauf ihrer Erfindungen, indem eines Patentanwaltes. Rat und Auskunft kostenlos! Erfindung u. a. Verkauf eines Patentes durch unseren Mitarbeiter für **850 000 M.**

F. Erdmann & Co.,
Berlin, Königsplatz Str. 71.

Stellungsangebote

2 Stufateure

für Rabiarbeiten
(siehe 7092)

Carow & Co.,
Rostock.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines Stadtschulrats

ist in hiesiger Stadt möglichst bald zu besetzen.
Anfangsgehalt 7200 M., steigend von 2 zu 2 Jahren um je 600 M. bis 10 800 M., daneben Wohnungsgeldzuschuß für Verheiratete 1200 M., für Unverheiratete 900 M. Die Teuerungszulage beträgt bis auf weiteres für Verheiratete 400 M., für Unverheiratete 300 M., die Kinderzulage 50 M. monatlich. Neueregelung der Gehälter steht bevor.
Gelegene Bewerber wollen Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften umgehend einreichen.
Titel, den 2. Juni 1920. 710D

Der Magistrat.

a) Zum 1. Juli ist die Stelle eines

Platzverwalters

im Hauptamt
auf dem städt. Spielplatz „Am Urban“ zu besetzen. Die monatliche Vergütung wird nach Vereinbarung festgesetzt. Bewerber werden ersucht, ihre Meldungen bis zum 24. Juni d. J. unter Beifügung eines Lebenslaufes und Führungszeugnisses an das Städtische Jugendamt Berlin, Abt. Jugendpflegeamt, schriftlich einzureichen.

b) Zum 1. Juli ist die Stelle eines

Platzverwalters

im Nebenamt
auf dem städt. Spielplatz „An der einsamen Pappel“ an der Schönhauser Allee zu besetzen. Die monatliche Vergütung wird nach Vereinbarung festgesetzt. Bewerber werden ersucht, ihre Meldungen bis zum 24. Juni d. J. unter Beifügung eines Lebenslaufes und Führungszeugnisses an das Städtische Jugendamt Berlin, Abt. Jugendpflegeamt, schriftlich einzureichen.

Als Mitglied des Direktoriums einer **Benkten-Groß-Organisation**

- wird zum sofortigen oder baldigen Eintritt eine tüchtige
- Kraft mit juristischer und kaufmännischer Ausbildung
- und möglichst mit Erfahrungen im Organisations-
- wesen gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf und
- Gehaltsansprüchen sind an Rudolf Hoffe, Reichplatz,
- unter E. P. 1398 zu richten. 625

Schneidereisenmacher,

perfekte, mit langjähriger Erfahrung, per sofort gesucht.
Büste, Schanzenindustrie, Brandenburgstr. 75.

Regeneration in der preussischen Verwaltung

Lehrer Otto Bausch ist zum kommissarischen Landrat im Kreis Rebus bestellt, Rechtsanwalt und Notar Gold aus Tilsit zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Königsberg, der Oberbürgermeister Rosenkrantz aus Insterburg zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen, der Rechtsanwalt Tiedemann aus Erfurt zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Erfurt, sowie der sozialdemokratische Stadtrat und Abgeordnete Gebhardt (Wurg, Jerichow I) zum Landrat ernannt worden.

Unabhängige für das Vaterland.

In Ostpreußen stehen von Anfang an die Unabhängigen in der Einheitsfront gegen die polnischen Annektionsgelüste. Vor einigen Wochen allerdings sind einige Unabhängige aus Allenstein nach Warschau gefahren, um dort taktische Verhandlungen mit den Polen zu führen.

Diese Unterhändler haben nun aber von ihrer eigenen Partei eine wohlverdiente Zurückweisung erfahren. In einer öffentlichen Versammlung der Unabhängigen in Allenstein ging der Referent kurz mit ihnen ins Gericht. Er führte u. a. aus: „Vom deutschnationalen bis zum Spatriotischen werden sich alle Parteien darin einig sein, daß nicht ein Spatenstich von Ermaland und Kasuren an Polen abgetreten wird. Ein deutscher Sozialist darf nicht auf eigene Faust nach Warschau gehen und internationale Politik treiben. Diese Vertreter haben behauptet, daß sie im Interesse der Partei dorthin gefahren wären. Sie sind aber nur gefahren, um Geld zu verdienen und ihre eigenen Taschen zu füllen. Als sie dann sahen, daß man ihr Treiben durchschaute, haben sie den Parteiführern der Ortsgruppen Schmiergelder angeboten, die jedoch mit Enttäufung zurückgewiesen wurden. Wir wollen Kasuren und Ermaland nicht an Polen verschachern. Rechtfertigen können sich die Leute nicht, und wenn sie in der Partei bleiben, dann treffen wir aus.“

Inzwischen hat die Zentralkommission der U. S. P. Ostpreußens die Ortsgruppen, denen die „Warschauerfahrer“ angehört, aufgefordert, diese auszuschließen.

Der „Königsberger Volkszeitung“ ist über Erbing von einem Flüchtling eine kuffen erregende Nachricht übermittelt worden, die auch von polnischen Blättern bestätigt wird. Am 8. Mai hatten in Graudenz die politischen Parteien Plakate angeheftet, die gegen ein weiteres Verbleiben der Polen in Westpreußen protestierten. Daraufhin wurden in der Zeit vom 8. bis 17. Mai 17 Angehörige der U. S. P. D. verhaftet, nach Thorn übergeführt, dort durch Standgericht verurteilt und am 25. Mai erschossen. Unter den Erschossenen befindet sich auch ein Anhänger der alten Sozialdemokratie.

Was mögen wohl die unabhängigen Warschauerfahrer aus Allenstein zu dieser polnischen Justiz gegenüber ihren engsten Parteigenossen sagen? Ob ihre Polenbegeisterung dadurch ein wenig abgekühlt wird?

Zur Abstimmung in Ostpreußen.

Wie das B. W. erzählt, muß jeder stimmberechtigte Ostpreuße, der bis jetzt noch nicht bei dem Abstimmungsausschuss seiner Geburtsgemeinde in die Listen der Stimmberechtigten aufgenommen worden ist, bis spätestens zum 20. Juni bei der für ihn zuständigen Kontrollkommission für Vollabstimmung schriftlich oder telegraphisch Einspruch wegen nicht erfolgter Eintragung in die Listen erheben, und zwar in folgender Form: „Ich bin am in Kreis geboren, bin also laut Artikel 95 des Verlaßter Friedensvertrages berechtigt, an der Volksabstimmung in Ostpreußen teilzunehmen. Ich erhebe hiermit Einspruch wegen Nichtertragung in die Stimmlisten. Diesem Einspruch füge ich in der Anlage eine polizeilich beglaubigte Abschrift meiner Geburtsurkunde bei Eigenhändige Unterschrift und Adresse.“

Falls der Einspruch telegraphisch erhoben wird, muß die Geburtsurkunde sogleich nachgeschickt werden. Bei schriftlichem Einspruch empfielt sich die Absendung unter „Einschreiben und durch Eilboten“. Die zuständige Kontrollkommission für Vollabstimmung hat ihren Sitz in der Kreisstadt desjenigen Kreises, in welchem der betreffende Abstimmungsberechtigte geboren ist.

Die Leiden der Besetzten.

Die Besatzungsbehörden und Besatzungstruppen der Franzosen im Rheinland und in Schlesien scheinen Laageweise zu haben; Kollereien und Drangsalierungen sind die beliebtesten Mittel, sie zu verschleppen. An die letzte Serie von Uebergriffen reiht sich eine neue.

Die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet: In die Stadt Ludwigshafen haben die Franzosen neue unerfüllbare Forderungen gestellt. Sie verlangen für ihre Familien, die bei deutschen Familien untergebracht sind, eine eigene Küche. Weiter sollen innerhalb ganz kurzer Zeit 15 geräumige Wohnungen für französische Familien zur Verfügung gestellt werden. Ohne Rücksicht auf den Wohnungsmangel wird bei Nichterfüllung mit Ausweisung der verantwortlichen Bürgermeister gedroht. Die französische Grubenverwaltung verlangt von den Pfälzern für die zur Stromerzeugung der Pfalz bestimmten Kohlen einen Preis von 450 Franken pro Tonne, d. h. das Fünffache des bisherigen Preises. Es ist vorausgesetzt, daß infolge dieser Maßnahmen der Straßenbahnbetrieb eingestellt werden muß und daß auch die Industrie bei detartigen Nöthen, h. m. Strompreisen nicht mehr existieren kann.

Aus Oppeln wird gemeldet: Auf der Katalaner Straße wurde ein Franzose ohne jede Veranlassung von einer Anzahl Preußen von hinten angefallen, gestoßen und schließlich von einem von ihnen gehohlet. Trotzdem die Offiziere sich täglich von dem empfindlichen Verhalten der Truppen überzeugen können, werden die Uebergriffe den Tag zu Tag schlimmer, ohne daß von höherer Stelle Einhalt geboten wird. — Der an dem Zusammenstoß auf der Bolkeinsel beteiligt gewesene gänzlich unschuldige Führer ist in Haft genommen und in das Gerichtsgefängnis in Oppeln eingekerkert worden. Die Wache im Gefängnis, die aus Sicherheitspolizei und französischen Truppen besteht, ist bedeutend verstärkt worden, da eine gewaltsame Befreiung des Verhafteten befürchtet wird.

Auch aus dem amerikanischen Besatzungsgebiet werden recht eigenartige Fälle gemeldet:

Das amerikanische Militärgericht in Koblenz verurteilte einen Mann, in dessen Wohnung eine deutsche Pistole, zwei deutsche Säbel und ein deutscher Militärrod gefunden worden waren, wegen Verletzung des amerikanischen Verbots betr. den Waffenbesitz zu 6 Monaten Zwangsarbeit.

Ein Mann aus Koblenz, der eine Flasche Kognak an einen Deutschen verlor, ist dieser dann mit Wissen des Verkäufers einem amerikanischen Soldaten wieder verkaufen wollte, schickte von demselben Gericht 1000 M. Geldstrafe. Die

Die Reichsschulkonferenz.

Letzter Tag der Ausschussberatungen.

Der gestrige zweite Tag der Ausschussberatungen hat im Schulbauausschuss die erwünschte Klärung gebracht. Es zeigte sich auch hier wie im Plenum, daß in dem großen Ringen zwischen den Bildungsdealen zweier Zeiten die entscheidende Werbestraft schon jetzt bei den Vertretern des neuen Ideals liegt. Selbst in diesem reaktionärsten aller Ausschüsse hat sich auf Grund der heutigen tiefergehenden Aussprachen eine alle Erwartungen übersteigende Zahl von Teilnehmern zu den Verfechtern dieses neuen Ideals geschlagen.

Anfangs sah es freilich auch heute trübe genug aus. Der Tag wurde mit der überraschenden Erklärung begonnen, daß Teus, in dem man wohl nicht mit Unrecht den typischen Vertreter des deutschen Lehrervereins zu sehen gewöhnt ist, sich mit Professor Deutschlein zu einem Kompromißantrage vereinigt habe. In diesem Kompromiß gibt der langjährige und wohl wirkungsvollste Verfechter der sechsjährigen Grundschule diese seine Forderung restlos preis, um damit von der anderen Seite bez. der Anerkennung eines für alle höheren Schulen gemeinsamen

dreijährigen Mittelbaues

zu erreichen. Wenn Herr Teus geglaubt hatte, durch dieses allzu schnell geschlossene Kompromiß wenigstens ein Stück der im Ausschuss zu verteidigenden Positionen gerettet zu haben, so hatte er die Rechnung ohne Berücksichtigung der überlegenen Diplomatie der äußersten Rechten gemacht. Dem selbst-johann Zweigepann Teus-Deutschlein stellte sich als noch ungleicherer Bundesgenosse der Berichterstatter des Philologenverbandes Professor Binder hinzu, der in einem „Zusatzantrag“ die Erhaltung der „bewährten Schulen alten Stils“ mit neunjährigem Lehrgang zugesprochen wissen will.

So wurde der Kompromißantrag dadurch, daß die Rechte geschickt auf ihn einzugehen wußte, in das genaue Gegenteil dessen verkehrt, was die Verfechter eines neuen Bildungszieles und mit ihnen Herr Teus ursprünglich auf der Reichsschulkonferenz vertreten hatten. Da Teus selbst trotz des von ihm mitvertretenden schlimmen Kompromisses auch im Ausschuss schon für die ursprünglich viel weiter gehenden Anträge stimmte, so ist zu hoffen, daß die gesamte deutsche Lehrerschaft im Plenum den Schicksal der Reaktion durchschauen und für die Oestreich-Hierlischen Anträge bzw. bei deren Ablehnung

für die mindestens sechsjährige Grundschule

stimmten wird. Die Begründung, die Teus für sein Kompromiß anführte: „Ich habe geglaubt, mich dem angemessenen zu müssen, was von den betreffenden Hochschulen gefordert wird“, steht doch auf recht schwachen Füßen. Für die Vertreter einer wirklichen Schulreform mußte vielmehr gerade in diesem Ausschuss uneingeschränkt der Gesichtspunkt gelten, den Hierl-München in die trefflichen Worte kleidete: „Es gibt Situationen im Leben, in denen dem Menschen nichts weiter übrig bleibt als zu demonstrieren.“

Eingeleitet wurde der Tag mit drei charakteristischen Warnungen. Binder glaubte, auch vor bloßen Versuchen mit einer neuen Schule warnen zu sollen, gerade „wegen des Geistes unserer Zeit“. Lohmann warnte vor der sogenannten „Planwirtschaft des Berufs“, wie sie Goldbeck beauftragte, da sie von der Reichsschulgebarung rückwärts führe zum Schulhaos. Ron dürfte wohl den Versuch neben dem System zulassen, aber den Versuch nicht zum System erheben. Und Oestreich warnte davor, im Ausschuss nur mit der Erhaltung des Alten zu rechnen, das würde im Plenum zu Eruptionen

deutschen Besatzungsbehörden haben sich seinerzeit nicht beliebt gemacht. Man kann nicht sagen, daß die Ententisten aus ihren Fehlern gelernt haben.

Protest gegen die Knechtung der Presse.

Düsseldorf, 16. Juni. Im Hinblick auf die durch die Besatzungsbehörden erfolgten Verbote von Zeitungen im besetzten Gebiet, die mit der Veröffentlichung unfreundlicher Artikel über die schwarzen französischen Truppen begründet werden, hat der Verband der rheinisch-westfälischen Presse folgende Erklärung beschlossen: Der Vorstand des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse erhebt Einspruch gegen die Knechtung der freien Meinungsäußerung, die durch das Vorgehen der obersten Rheinlandkommission gegen eine Anzahl von Zeitungen im besetzten Gebiet erreicht werden soll.

Die Kommunistenjagd der Franzosen.

Mannheim, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zu den Verhaftungen in der Badischen Anilin- und Sodafabrik wird noch bekannt, daß die Franzosen die verhafteten Genossen Siedinger, Schäffer und Feig nach Mainz geschickt haben. Ueber den Grund dieser Verhaftung heißt es, die Verhafteten hätten sich in Versammlungen über die schließlichen Wohnungsforderungen der Franzosen abfällig geäußert. Es wird aber vermutet, daß die Franzosen kommunistische Fährten auszuspielen gedachten.

Was die Wohnungsforderungen der Franzosen betrifft, so haben die Genossen, soweit sie die Reuerungen in den Versammlungen getan haben, wie aus der Ludwigshurger Meldung hervorgeht, tatsächlich Recht.

Verhaftung deutscher Studenten.

Brüssel, 16. Juni. (Holländisch Neudsbureau.) „Libre Belgique“ meldet, daß gestern in Cuxen 11 deutsche Studenten verhaftet wurden, die den Auftrag hatten, nachts in den annektierten Orten Broschüren gegen die belgische Regierung und gegen die Volksabstimmung zu verbreiten.

Das Selbstbestimmungsrecht der Entente.

Was die Saardeutschen davon halten.

Auf der Tagung der christlichen Gewerkschaften in Saarbrücken sagte ein Redner u. a.:

„Zum ersten Male seit Bestehen der deutschen Parlamente war es uns am 6. Juni nicht vergönnt, ein wichtiges Volkrecht, das Wahlrecht zum neuen Deutschen Reichstag auszuüben. Welch ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker liegt in dieser Tatsache. Jene, die der Welt die Freiheit und Selbstbestimmung bringen wollten, brachten ihr in Wahrheit Bedrückung auf allen Seiten.“

Es wird im Saargebiet allgemein bedauert, daß das Gebiet im neuen Deutschen Reichstag ohne jede Vertretung geblieben ist. Keine der Parteien konnte einen ihrer ehemaligen Abgeordneten in das Parlament entsenden. Die auf den Reichswahlstimmenden Vertreter der einzelnen Parteien sind infolge ihrer unangenehmen Platzierung an sehr weit zurückliegenden Stellen nicht gewählt worden. Das Saargebiet ist damit den anderen abgetrennten Gebieten gegenüber, die im Reichstag eine Vertretung haben, sehr im Nachteil.

führen, die diese Art praktischer Arbeit höchst unpraktisch erscheinen lassen könnten.

Sehr interessant waren die Ausführungen des Prof. Stok, der im Namen der Industrie oder, wie er sich wenig geschmackvoll ausdrückte, vom Standpunkt des Abnehmers aus statt von dem des Produzenten sprach. Er sah in den jungen Menschen nur das Rohmaterial für die künftige Verwertung im industriellen Betriebe: „Die Industrie hat von der alten Schule vorzügliches Material an Arbeitskräften erhalten, man soll dieses Rohmaterial nicht durch unfruchtliche Verallgemeinerungen gefährden.“

Der entscheidende Umschwung in den Stimmungen und Meinungen trat erst ein, als gegen Mittag die Linke es durchgesetzt hatte, daß man wenigstens eine Stunde allgemeine Debatte aus dem Gedanken der neuen Schule überhaupt widmete, Vorbereitung war dieser Umschwung durch

ein kurzes Bekenntnis Verdrückten,

der erklärte, daß die Gemeindefortschule auch sein Ideal sei und sich dann zum Bildungsideal der neuen Zeit bekannte: „Wir sind so im alten Geiste, daß wir gar nicht merken, daß wir uns hier zwei Tage lang nur über Intellektualismus unterhalten.“ Daran, der sich im Plenum so erfreulich auf die Seite der Reformer gestellt hatte, erschöpfte sich im Ausschuss in Warnungen vor „Sprüngen“ in der Entwicklung.

Das hinderte nicht, daß der Gedanke der neuen Schule, nachdem man ihren Vertretern endlich die Möglichkeit eingehender Begründung gegeben hatte, nun auch im Ausschuss einen breiteren Resonanzboden fand. Die erdüllige Abstimmung ergab für den weitestgehenden Antrag Oestreich-Hierl-Marsen:

Präzise als vier Schuljahre steht innerhalb der einen Schule des Volkes die erste Differenzierung ein, indem durch Einrichtung eines nach örtlicher Mäßigkeit reifen Systems wohlfrüher Kurse um eine Kern(Minimal-)schulung die Entwicklungsmöglichkeiten den Kindern aller Klassen in Stadt und Land gleichmäßig weit geöffnet werden. Die Gesamtheit übernimmt die Pflicht, den Bildungsweg jedes einzelnen von materiellen Umständen unabhängig zu machen

eine knappe Ablehnung mit 36 gegen 20 Stimmen. Etwas dasselbe Stimmverhältnis ergab sich denn auch bei dem Lohmann'schen Eventualantrag einer mindestens sechsjährigen Grundschule. Konnte man in den Ablehnungen der Linken den Ausdruck eines klaren und entschiedenen Willens erkennen, so zeigte sich dafür auf der Rechten eine um so größere

Konfusion und Unklarheit.

Dieselben Stimmen, die eben für den gemeinsamen dreijährigen Mittelbau oder höheren Schulen abgegeben waren, wurden kurz darauf auch für die Erhaltung der neunjährigen Schulen alten Stils oder für ein neues neunjähriges deutsches Gymnasium abgegeben. Kamentlich die Abstimmung über den Teus-Deutschlein-Binder'schen Kompromißantrag ergab ein Bild heilloser Verwirrung, wie ja auch kaum anders zu erwarten war, da an ihm alle Schattierungen von der äußersten Reaktion bis zu den Freunden einer fortschrittlichen Entwicklung mitgearbeitet und ihre besonderen Ziele und Wünsche unter allerlei Klauseln hineingeheimnist hatten.

Nun hat das Plenum das Wort. Es wird sich am Donnerstag zunächst mit den Ergebnissen anderer Ausschüsse beschäftigen, bei denen die Gegenüber der Weltanschauungen nicht so koch in die Erscheinung treten dürften. Am Freitag wird dann die entscheidende Schlacht geschlagen.

Verhaftung belgischer Industrieller.

Weil sie mit Deutschland Handel trieben!

Brüssel, 16. Juni. (Holländisch Neudsbureau.) Gestern wurde in Namur eine Anzahl Industrieller verhaftet, die mit den Deutschen Handel getrieben haben sollen. Unter den Verhafteten befinden sich drei Direktoren von Bergwerken, verschiedene Aufsichtsräte von Gesellschaften, darunter der Direktor der Wasserleitung Prochen-Neuf, der gleichzeitig holländischer Vizekonsul ist, ferner der italienische Vizekonsul und der Vorsitzende der Handelskammer.

Die Alandfrage.

Stockholm, 16. Juni. (M.) Die schwedische Regierung hat den fünf Mächten Frankreich, England, Japan, Italien und den Vereinigten Staaten eine Note zugehen lassen, in der es diese darum ersucht, die Alandfrage zum Gegenstand eines Gedankenaustausches der Kabinette dieser Länder zu machen, wenn zu einer Behandlung dieser Frage im Obersten Rat keine Zeit sei.

Kristiania, 16. Juni. (M.) Die Zeitung „Verdensgang“ veröffentlicht einen Leitartikel, in dem sie vorschlägt, Schweden solle die Alandsinseln kaufen.

Rechtsregierung in Norwegen.

Kopenhagen, 16. Juni. „Berlingske Tidende“ meldet aus Kristiania, daß die Rechte des Storting sich bereit erklärte, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Als Mitglieder der neuen Regierung werden genannt: Halvorsen, Ministerpräsident; und Justizminister, Michélet, Minister des Innern, Dyffe, Handelsminister, und Ribderbold-Jensen, Unterrichtsminister.

Die Sicherheitspolizeibeamten gegen den Frontbund. Der zweite Vertretertag des Wirtschaftsverbandes der Beamten der Sicherheitspolizei Deutschlands, der vom 10. bis 14. Juni in Stuttgart tagte, nahm auch gegen die gerühmten Bestrebungen des Frontbundes und zu den gegen die Sicherheitspolizei gerichteten Angriffen Stellung. Es wurde eine Entschliebung angenommen, in der gegen das Verfahren des Frontbundes scharfe Verwahrung eingelegt und zum Ausdruck gebracht wird, daß den gegen die Existenz und das Ansehen der Sicherheitspolizeibeamten gerichteten Machenschaften des Frontbundes mit allen Mitteln entgegengetreten werden soll.

Wie sich England den Judenstaat Palästina denkt, geht aus einer Erklärung des zum Gouverneur von Palästina anserlehenen Herbert Samuel hervor. An die Stelle der Militär- wird eine Zivilverwaltung treten, bei der die höheren Posten von englischen Beamten besetzt werden. Die unteren Posten sollen Angehörigen der örtlichen Bevölkerung ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis offen. Vor Tisch las man's anders!

Neue Niederlage der Koalition in England. Wie bei den letzten Erziehungswahlen wurde auch bei der Erziehungswahl in South ein unabhängiger liberaler Winttingham mit 9859 Stimmen gewählt. Turner (Koalitionsumionist) erhielt 8754 Stimmen.

Anschlag auf den japanischen Ministerpräsidenten. Ueber Kew Horst wird aus Tokio gemeldet, daß auf den japanischen Ministerpräsidenten ein erfolgloser Anschlag gemacht worden sei; der Täter, ein Japaner, sei verhaftet.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Deutschen Buchdrucker.

Kürnberg, 15. Juni.

Aus der Nachmittags-Sitzung des ersten Verhandlungstages ist noch folgendes nachzutragen:

Ueber eine von Wötter-Weipzig eingebrachte Resolution entwickelt sich eine längere Debatte. Die Generalversammlung sollte den Arbeitern Sowjetrusslands und den unter dem weissen Terror leidenden Arbeitern Ungarns herzliche Grüße entbieten. Die als Begrüßungsadresse begründete Entschliessung enthielt in ihren weitläufigen Ausführungen bezügliche Normen, doch sie von der Mehrheit der Delegierten nicht als Sympathiebekundung, sondern als Demonstrationsojekt im kommunistischen Sinne betrachtet wird, weshalb gegen die sofortige Annahme lebhaft protestiert wird. Ein Antrag Seib-Berlin, eine Reaktionskommission zu bilden und ihr die Entschliessung zu überweisen, findet Annahme. Im Prinzip wird eine Begrüßung des internationalen Proletariats anerkannt. Einige Anträge auf Abänderung der Tagesordnung lehnt die Versammlung ab. Damit beginnt die eigentliche Tagesordnung und Seib-Berlin eröffnet den Geschäftsbericht, der den Delegierten gedruckt vorliegt.

In der Nachmittags-Sitzung gibt Schmeinhilf-Berlin Ergänzungen zu dem ebenfalls gedruckt vorliegenden Rapport.

Vor Eintritt in die Debatte stellt Neumann-Berlin den Antrag, der Opposition längere Redezeit zu gewähren, was angenommen wird. Als erster Redner spricht Kottke-Berlin: Der Geschäftsbericht ist auf einer Basis entstanden, die seine Freunde als Koffenbenutzte Arbeiter nicht anerkennen können. Die Gewerkschaftsführer hätten durch das Eingehen auf den Vorschlag der Arbeiter an das Messer der Kriegsgeschehnisse geliefert. Zu verurteilen sei die Bildung wirtschaftlicher Einigungsorganisationen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern. Die Organisation bedarf einer vollständig neuen Grundlage, in der sich die Tarifgemeinschaft überflüssig machen wird, weil dieselbe von den Unternehmern in ihrem neuzeitlichen Gewande nicht anerkannt werden wird. An ihrer Stelle müßte eine neue Institution treten. Die Wirkung des Generallstreiks sollte die Gewerkschaften von der Kraft dieser Waffe für alle weiteren Entwicklungen verweigern lassen. Der Regierung ist der Vorwurf zu machen, daß sie nichts getan hat, die 5 Punkte des Gewerkschaftsbundes zu realisieren. Das Betriebsrätegesetz sei eine Straßensitzung für die Weiterentwicklung der Arbeiterrechte. (Widerstand.) Die Lehrlingsordnung bleibe eine leere Formalität, weil die Unternehmer bei der Befestigung der Lehrverträge alle Rechte im Besitz haben. Erfreulich ist die Abschnung der gesetzlichen Anerkennung des Tarifvertrages durch die Regierung. Die Haltung des „Korrespondent“ und der Gewerkschaftsführer vom Hauptverband bis herab zu den Ortsgruppenleitern bei Ariensausbruch war schwächelnd und chaotisch. Der Redner bemühte sich in längeren Ausführungen unter dem Widerspruch der Versammlung, alle Schuld am Ariens Deutschland beizumessen. Bewiesen sei, daß der Parlamentarismus das deutsche Wirtschaftsleben nicht retten könne, denn selbst Seib sprach sich für ein „Austärktsystem“, die Arbeitsgemeinschaften aus. Der Anduldrische Verband muß in kürzester Zeit als Konkursantrag in der wirtschaftlichen Entwicklung kommen. Zum Schluß legt der Redner noch eine umfangreiche Resolution mit dem Inhalt seiner Ausführungen vor und empfiehlt sie der Versammlung zur Annahme.

Der weitere Verlauf der Diskussion gestaltete sich manchmal ziemlich lebhaft, die Gegensätze prallten scharf aufeinander. Die Opposition schied weitere Redner vor, auf der anderen Seite entziehen der Verhandlung Verteidiger. Neben Pieczny-Hamburg verließ besonders wirkungsvoll Albrecht-Köln die Verhandlung in den Ariensjahren und seit der Revolution. Als der letzte Redner des heutigen Tages, Wötter-Weipzig, eingangs seiner Rede dem Vertreter der ungarischen Buchdrucker, Matkovic-Budapest, wegen dessen Ausführungen über den Volkswirtschaftlichen Schaden in Ungarn „unerhöhten Mißbrauch des Streikrechts“ zum Vorwurf macht, kommt es zu lörmelnden Ausbrüchen. Erst nach einiger Zeit legt sich die Unruhe, so daß Wötter weiterreden kann. Er greift ebenfalls die Haltung der Verhandlungsleitung heftig an und legt am Schluß seiner Ausführungen eine Resolution vor, durch die die Lösung beim Ausbruch eines erneuten Generallstreiks festgelegt werden soll.

In der Dienstaufsicht wird die Diskussion über die Vorstandsberichte fortgesetzt, ohne beendet zu werden. Der eigentliche Gegenstand der Verhandlungen, die Berichte selbst, wird dabei selten berührt, da immer noch Reden und Gegenreden über die großen wirtschaftlichen Streitpunkte der Aussprüche das Gepräge geben.

Schiedsgericht für die Angestellten der Metallindustrie.

Das vom Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Tarifvertragsstreitigkeiten zwischen den Angestellten und den Arbeitgebern in der Berliner Metallindustrie eingesetzte Schiedsgericht unter dem

Vorsitz des früheren Finanzministers Sadekum hat am Mittwoch mittig seinen Spruch dahin verhängt, daß die Feuerungszulage auf die ab 1. Juli 1919 festgesetzten Tarifeinkommen unter Fortfall der inwärtigen gewährten Zulagen für alle Angehörigen 110 Prozent, für Lehrlinge 90 Prozent betragen soll. Daneben soll die bisherige Verheirateten- und Kinderzulage in Höhe von je 60 M. monatlich gezahlt werden. Die neuen Einkommen sollen für die Monate Mai bis einschließlich August 1920 gelten, während im übrigen der Tarifvertrag bis zum 31. März 1921 laufen soll. Die Arbeitszeit ist nach dem Schiedspruch in allen Betrieben für sämtliche Angestellte die gleiche, wie sie jeweils als normale für die Arbeiterkategorie gilt, das heißt gegenwärtig eine 48 1/2 stündige in der Woche. In allen Fragen des sogenannten Mitbestimmungsrechtes soll es bei den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sein Bewenden haben. Die Parteien haben sich bis zum Dienstag, 22. d. M., mittags 12 Uhr, über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären.

Das soziale Empfinden des „Freiheit“-Verlages.

Man schreibt uns: Ganz eigenartige Prinzipien sucht die Geschäftsleitung der „Freiheit“ bei der Einstellung von Personal für die eigene Druckerei in Anwendung zu bringen. Am 1. Juli geht die „Freiheit“ von der Bindendruckerei in den eigenen Betrieb. An der Herstellung der „Freiheit“ war ein Personal von 85 Mann aller Kategorien beteiligt. Auf das Verlangen des Betriebsrats, dieses Personal mit zu übernehmen, wurde zunächst geantwortet, daß man gar nicht daran denke, allen Bruch zu übernehmen und dann, daß man überhaupt nicht daran denke, weil, nach Ansicht der Geschäftsleitung der „Freiheit“, dieser bei Verhandlungen mit dem Betriebsrat über anteilige Bezahlung der Generallstreiktage und des 1. Mai die Pistole auf die Brust gesetzt worden sei. Schließlich wollte man, da schon reichlich Personal ohne Berücksichtigung der Arbeitsnachweise engagiert ist, einen Teil der noch fehlenden 30 Arbeitskräfte übernehmen. Es lämen aber nur Leute in Frage, die im Falle der Gefahr mit der Waffe in der Hand sich für die Druckerei einstellen. Hauptmeister und Kanariensänger seien ausgeschlossen. Ein 50 Proz. kriegsbeschädigter Korrektor wurde abgelehnt, weil er S.-P.-D.-Mitglied ist.

Als Hauptmeister und Gelbe müssen sich von Herrn Ritter, der in einem nationalsozialistischen Schwimmbad einmal dieselbe große Geige spielte wie jetzt in der „Freiheit“ und unter dem Protektorat des Kronprinzen schwamm, als alle Hoffenbemühten Arbeiter diesem Verein den Rücken kehrten, Leute beschimpfen lassen, die in den Generallstreiktagen gut genug waren und den Mut hatten, die „Freiheit“ herzustellen. In den Tagen der verschiedenen Putsch waren es immer die Arbeiter, die in dem gefährlichen Hause am Schiffbauerdamm ausfallen mußten; die mit der Feder so tapferen Felten waren immer schnell wieder verschwunden oder saßen sich rechtzeitig nach einem Scherzmittel um, um Arbeiter unter Arbeitern zu sein.

Wie würde es die „Freiheit“ beurteilen, wenn ein bürgerliches oder rechtssozialistisches Geschäft verlangen würde, daß der Arbeiter mit seiner Arbeitskraft auch politische Gesinnung, Lein und Leben verlaufen muß?

Vertretung. In Nr. 308 des „Vorwärts“ vom 16. Juni d. J. ist unter der Spitzmarke „Konflikt im Eisenbahnbetrieb“ ein Artikel erschienen, der die Meinung äußert, als ob in der vorerwähnten Verhandlung in Gegenwart der zuständigen Minister erklärt worden sei, daß die Vorschläge der Verwaltung nicht einmal die Zustimmung der Reichsminister gefunden haben. Der betreffende Artikel ist bereits am Abend des 10. Juni dem „Vorwärts“ zugegangen, insofern Raum mangels jedoch erst gestern erschienen. In der Dienstagverhandlung erklärten die Minister, daß sie das Resultat über die Lohnverhandlungen dem Reichskabinett unterbreiten werden und daß der Reichstag in letzter Linie die nötigen Mittel zu bewilligen habe. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Verband der Buch- und Stelldruckereihilfsarbeiter und -arbeitslosen. Ortsversammlung Berlin, Betriebsrat und Stellvertreter. Freitag, den 18. Juni, nachm. 5 Uhr, Versammlung im Graphtischen Vereinshaus, Alexanderstr. 44.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag, den 18. Juni 1920. Jugendliche Vertrauensleute: Vollversammlung 7 Uhr im Dröhrenraum, Nachgruppe 7. (Rau- und Bärenhäuser, Spezialgeschäfte.) Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr, Germania-Alle, Hausseite, 110. (Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches.) Nachgruppe 134. (Chemischer Kleinhandel.) Mitgliederversammlung 8 Uhr, Alexanderstr., Alexanderstr. 37a. (Der neue Tarifvertrag.)

Deutsche Telegraphenwerke, Abt. Niederschloßwerke. Sämtliche in der Abteilung Niederschloßwerke beschäftigte gewöhnlichen Kollegen und Kollegeninnen, sofern sie an der Wäge beteiligt sind, und die nicht länger als sechs Wochen mit ihrem Verbandsbeitrag rückständig sind, werden aufgefordert, sich bis spätestens Donnerstag, 4 Uhr nachmittags, auf dem Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin, Untermyr. 63, Zimmer 4, zu melden unter Vorlegung ihres Mitgliedsbuches zwecks Rechtschutzes.

Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Am 8. Verhandlungstage sprach Heinrich Lorenz-Hamburg über: Internationale genossenschaftliche Angelegenheiten. Der Grundgedanke der Genossenschaften sei Selbstständigkeit und Freiheit. Die russischen Genossenschaftler wenden sich daher gegen die Diktatur der Sowjetregierung. Auch die ungarischen Konsumgenossenschaften hatten unter der kommunistischen Regierung ihres Landes zu leiden und führten Klage über die Eingriffe in ihre Rechte und Freiheit. Im übrigen sei zu konstatieren, daß die Konsumgenossenschaftliche Bewegung in allen Ländern erfreuliche Fortschritte mache. Viele gingen an die Lösung neuer Aufgaben heran. Man könne heute sagen, die Konsumgenossenschaftsbewegung ist die größte Bewegung der Welt.

Der Redner streifte dann die früheren Tagungen des Internationalen Genossenschaftsbundes. Bei den früheren Kongressen habe die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter eine große Rolle gespielt, die hauptsächlich von den Engländern und Franzosen propagiert wurde. Man glaube, durch die Gewinnbeteiligung die Arbeiter an der Produktion zu interessieren. Während die Deutschen auf dem Standpunkte standen, daß es sehr viel richtiger sei, die Arbeiter auskömmlich zu bezahlen.

Gegenwärtig beschäftigt den Internationalen Genossenschaftsbund die Frage der

Schaffung einer Internationalen Großverkaufsgenossenschaft. Diesem großartigen Gedanken steht aber noch das Hindernis im Wege, daß in den Ländern, die am Weltkriege beteiligt waren, die Wirtschaft daniederliegt und es deshalb an Austauschmitteln fehlt.

Zu dem Punkte: Abschluß eines Reichsrahmentarifes mit den Bäckern und Transportarbeitern, referierte August Kahl-Hamburg. Hierzu wurde folgende Resolution gegen 3 Stimmen angenommen:

Die Genossenschaften sind der Auffassung, daß genossenschaftliche Reichstarife keine Berechtigung mehr haben und in der Praxis im allgemeinen durch einseitliche Abmachungen für das Gesamtgewerbe durch Reichstarife oder durch Abmachungen auf den einzelnen Orten ersetzt werden. Die Genossenschaften verlangen, daß ihre gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen hierbei keine ungünstigere Behandlung erfahren, als die privatkapitalistischen Betriebe. Sie lehnen eine unterschiedliche Bewertung von Groß- und Kleinbetrieben als unverantwortliche Hemmung des Ausbaues der Gemeinwirtschaft grundsätzlich ab. Die Genossenschaften erklären sich ausdrücklich bereit, wie bisher über die allgemeinen Verpflichtungen hinaus ihre sozialen Fürsorgeeinrichtungen zu erhalten und auszubauen.

Die vom Bäckerverband in den Großstädten beantragte und gegen die Gesetzesbestimmung durchgeführte Revisionierung fand auf dem Genossenschaftstag von keiner Seite Gegenliebe, sondern wurde allgemein scharf verurteilt, weil sie die Großbetriebe einschnürt und zur Verteuerung des Brotes wesentlich beiträgt. Diese Revisionierung erscheint als kein geeignetes Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Das Konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen behandelte Sieckow-Hamburg. Die Fortbildungskommission des Zentralverbandes setzt sich mit der Einrichtung von Volkshochschulen das Ziel, befähigte Leute im Alter von etwa 25-40 Jahren, die mit der genossenschaftlichen Praxis hinreichend vertraut sind, mit jenem Wissen auszustatten, das notwendig ist, in der Konsumgenossenschaftsbewegung verantwortliche Stellungen einzunehmen. In einer zu diesem Punkte angenommenen Resolution wird unter anderem gesagt:

Der Genossenschaftstag betont wiederholt mit Nachdruck die Bedeutung der genossenschaftlichen Bildungstätigkeit für die weitere Ausbreitung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung und erklärt sich mit dem weiteren Plan der Fortbildungskommission auf Abhaltung von Wander- und Spezialkursen für die Funktionäre der Konsumvereine einverstanden.

Hierauf wurden noch eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt. Die Jahresrechnung wurde genehmigt, dem Vorstande Entlastung erteilt und die Verteilung der Zuwendungen an die Bezirksverbände vorgenommen.

Bei der darauffolgenden Wahl wurden die alten Vorstandsmitglieder und Ausschussmitglieder wiedergewählt und an Stelle des ausgeschiedenen früheren Unterstaatssekretärs August Müller August Kahl-Hamburg gewählt. Wegen Arbeitsanbahnung im Vorstande wurde Hoffmann-Wagdeburg als weiteres Vorstandsmitglied gewählt.

Damit waren die Verhandlungen des Kongresses beendet. Mit anfeuernden Worten zum tatkräftigen Auf- und Ausbau der Konsumgenossenschaftsbewegung schloß der Vorsitzende Hoffmann den Genossenschaftstag.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für den Anzeigen-Teil: Gustav Berlin, Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: A. G. m. b. H., Berlin, Lindenstr. 3, 10138.

Billige Angebote

Eisenbahnfahrkarten

ohne Aufschlag in unseren Reisebüros Leipziger Straße und Königstraße

Korsette

- Korsett mode Baumwollstoff, lange Form, 2 Halter 35⁰⁰
- Korsett graues Leinen, mit Langsetz, 2 Halter 39⁵⁰
- Korsett mode Batist, halbhöhe Form 48⁰⁰
- Korsett weißer Dreil, mit Stickerei-garnierung 60⁰⁰
- Korsett weißer Batist, gerade Form mit Spitze-garnierung 65⁰⁰
- Korsett grauer Dreil, für starke Figuren, 2 Halter 70⁰⁰
- Büstenhalter weiß, mit Büstenbild 10⁵⁰
- Büstenhalter modischer, mit Batist 12⁵⁰
- Büstenhalter „Orlone“ weiß, hinten zum Knöpfen 25⁰⁰

- ## Damenwäsche
- Untertaillen mit Stickerei 19⁵⁰
 - Damenhemd m. Stickerei 39⁵⁰
 - Damenhemd m. Stickerei, mit Ansatze 44⁰⁰
 - Damenbeinkleid mit Stickerei, mit Ansatze 45⁵⁰
 - Damennachthemd mit Stickerei, mit Ansatze 35⁰⁰

Schürzen

- Tändelschürze weiß, mit Spitzen 12⁵⁰
- Tändelschürze weiß, mit Stickerei 23⁰⁰
- Mausschürze einseitig, dunkelblau, Baumwollstoff 15⁷⁵
- Mausschürze grün, Halblinien, mit Volant und Tasche 24⁵⁰
- Trägerschürze dunkelblau, Nessel, mit farbiger Garnierung 19²⁵
- Blusenschürze einfarbig, dunkelblau, Baumwollstoff, farbig garniert 24⁵⁰
- Blusenschürze Wiener-Form, dunkelblau, Nessel, häut garniert 25²⁵
- Blusenschürze gestreift, Ötingung mit Garnierung 37⁰⁰
- Teeschürze Wiener-Form, bunt, Kreton, farbig garniert 27⁵⁰
- Teeschürze Wienerform, bunt, Kreton, farbig gepuselt 39²⁵

Strümpfe

- Damenstrümpfe lang, schwarz, fein 14⁵⁰
 - Damenstrümpfe lang, schwarz, fein 18⁷⁵
 - Damenstrümpfe reine Wolle, schwarz 28⁰⁰
 - Damenstrümpfe Seide, schwarz oder farbig 85⁰⁰
- ## Trikotagen
- Netzunterjacke für Herren 12⁵⁰
 - Hemd für Herren, makko-farbig 47⁰⁰
 - Herrenbeinkleid makko-farbig 46⁰⁰
 - Trikothemd für Herren, mit Kinnast, gute Qualität 69⁰⁰
 - Schlupfbeinkleid für Damen 25⁰⁰
 - Hemdbeinkleid für Damen 28⁰⁰

Waschblusen

Verkauf am Wäschelager

- Waschbluse aus gesticktem Batist mit Ausschnitt 39⁵⁰
- Waschbluse aus gesticktem Schleierstoff, Kimonoform 58⁰⁰
- Waschbluse aus bedrucktem Krepp oder Batist 67⁰⁰
- Waschbluse aus Volle, mit miltierter Handstickerei, Schoßbluse 82⁰⁰
- Waschbluse aus Volle, mit farbiger Blende 109⁰⁰

A. Wertheim

G. m. b. H.